60 Jahre Hessischer Landkreistag

Geschichte. Persönlichkeiten. Leitbilder.

Geschichte. Persönlichkeiten. Leitbilder.

60 Jahre Hessischer Landkreistag

Grußwort des Präsidenten **8**

60 Jahre Hessischer Landkreistag **10**
Hessen nach dem Zweiten Weltkrieg 12
Aufbruch und Gründung 20
Der Hessenplan und die Landkreise 30
Die Gebietsreform der 1970er Jahre 40
Neue Aufgaben 50
Wieder vereinigt 58
Der HLT und die Finanzkrise 66

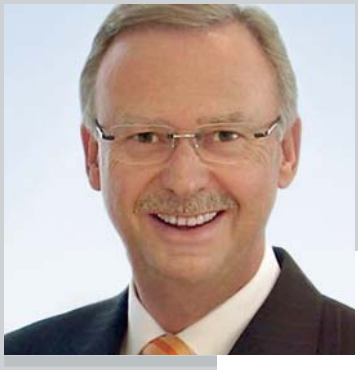
Chronologie seit 1945 **74**

Aktuelle und zukünftige Herausforderungen **84**

Anhang **90**
Die Präsidenten des Hessischen Landkreistages 92
Die Direktoren des Hessischen Landkreistages 94
Die hessischen Landräte im Jubiläumsjahr 96
Die hessischen Kreistagsvorsitzenden im Jubiläumsjahr 98
Impressum und Bildnachweis 100

60 Jahre Hessischer Landkreistag

Geschichte. Persönlichkeiten. Leitbilder.



Grußwort

Der Hessische Landkreistag feiert am 21. Oktober 2008 sein 60-jähriges Bestehen. Am 21. Oktober 1948 hat sich die seinerzeitige „Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Landkreise" in Groß-Umstadt den Namen „Hessischer Landkreistag" gegeben. Ein Blick in die Dokumente aus der Gründungszeit belegt in eindrucksvoller wie erschütternder Weise, vor welchen Herausforderungen die Verantwortungsträger in den Kreisen, den Städten und Gemeinden standen: Die Grundbedürfnisse der Bevölkerung vor Ort mussten befriedigt werden. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Brenn- und Baustoffen war ebenso dringlich wie die Beseitigung der Wohnungsnot. Abertausende von Flüchtlingen und von Vertriebenen waren unterzubringen, mit dem Notwendigsten zu versorgen und in die örtliche Gemeinschaft einzugliedern.

Diesen Herausforderungen haben sich die Landkreise mit aller Tatkraft angenommen. Der Einsatz für die Gemeinschaft, der Tatendrang, das Engagement und der Ideenreichtum der Verantwortlichen finden in dieser Publikation eine angemessene Würdigung.

des Präsidenten Alfred Jakoubek

Der Hessische Landkreistag als Verband aller hessischer Landkreise wurde bereits damals von der Überzeugung seiner Mitglieder, seiner Gremien und seiner Geschäftsstelle getragen, dass die Bündelung der Interessen im Verband und der gemeinsame Austausch zielführend und sinnvoll sind, um die Aufgaben vor Ort zu meistern und die Interessen gegenüber der Landes- sowie der Bundesebene wahrzunehmen.

Durch die gemeinsame Organisation konnte über sechs Jahrzehnte hinweg im steten Dialog mit der jeweiligen Landesregierung, den Ministerien und den im Landtag vertretenen Fraktionen vieles für eine Stärkung der Landkreisebene erreicht werden. Auch darüber gibt dieses Buch Aufschluss.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und informative Lektüre.

Ihr

Alfred Jakoubek
(Präsident)

60 Jahre Hessischer Landkreistag

In wenigen Tagen waren im März/April 1945 die Kampfhandlungen des Zweiten Weltkriegs in Hessen beendet. Der zügigen Einnahme des Landes folgte die Übernahme der zivilen Verwaltung durch die US-amerikanischen Truppen. Massive Kriegszerstörungen, Versorgungs- und Infrastrukturprobleme, Millionen entwurzelter deutscher Zivilisten und gestrandeter Ausländer ließen amerikanische Dienststellen recht schnell auf erfahrene deutsche Beamte zurückgreifen.

Deutsche signalisieren mit weißem Stoff den vorrückenden Amerikanern ihre Ungefährlichkeit. (Foto, linke Seite)

Die Amerikaner hatten sich auf ihre Besatzungsaufgaben vorbereitet, waren aber bei der Umsetzung ihrer Politikvorgaben auf die Zusammenarbeit mit Deutschen angewiesen. Die amerikanischen Vorstellungen hatten sich in einem langwierigen Prozess herauskristallisiert. Wobei man sich in Washington selbst, wie auch mit den Alliierten eher auf defensive als auf aktive Zielsetzungen verständigen konnte. Diesen entsprachen die ersten in Deutschland verfolgten Grundsätze: Demilitarisierung, Dekartellisierung und Entnazifizierung. Ihnen stand ein zentraler, von allen vertretener Wert gegenüber: Demokratisierung.

Jede der alliierten Mächte verstand etwas anderes unter diesem Wort und jede verfolgte eine eigene Agenda bei der Umsetzung. In den USA hatte sich der Morgenthau-Plan mit der Zerschlagung des Deutschen Reiches in agrarisch geprägte kleinere Staaten nie durchgesetzt. Angestrebt wurde eine starke föderale Struktur des künftigen Deutschlands, das von unten nach oben aufgebaut sein sollte.

Es gab Listen mit als unbelastet eingeschätzten Deutschen, die mit Funktionen betraut werden konnten. Für die lokale Ebene waren jedoch nicht immer Kandidaten bekannt, noch dazu waren die biographischen Informationen, auf denen die Listen basierten, zum Teil veraltet. Die von den Amerikanern eingesetzten Bürgermeister und Landräte verfügten häufig über Verwaltungserfahrung aus der Weimarer Republik und hatten im NS-Deutschland Repressionen erlitten. Sie waren in einer schwierigen Mittlerposition: ohne demokratische Legitimierung durch eine Wahl mussten sie in

So starben in den letzten Kriegstagen noch Kinder und andere Zivilisten.

einer katastrophalen Lage den Bedürfnissen und Erwartungen ihrer Landsleute mit den amerikanischen Vorgaben begegnen. Zudem führte die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung ihr eigenes Leid nicht auf die Kriegführung des NS-Regimes zurück. Wenige entwickelten individuelles Verantwortungsgefühl angesichts der verübten Verbrechen. Eine Kollektivschuld wurde zwar breit diskutiert, aber von den meisten entschieden verworfen. Die gegebene Situation war geprägt von einer Fülle konkreter materieller Probleme und von eher auf der unbewussten Ebene wirkmächtigen Erlebnisbildern.

Nach dem Rheinübergang der von General Patton geführten 3. US-Armee in der Nacht vom 22. auf 23. März 1945 bei Oppenheim trafen die amerikanischen Soldaten auf hessischem Gebiet nur noch an wenigen Stellen auf ernsthaften Widerstand. Stellten sich den schnell vorrückenden alliierten Truppen deutsche Einheiten oder auch nur versprengte Soldaten entgegen, wurde der Vormarsch erst nach massivem Einsatz von Artillerie weitergeführt. So starben in den letzten Kriegstagen noch Kinder und andere Zivilisten.

Ein Beispiel dafür ist das Kriegsende in Walldorf. Die Verantwortlichen der Stadt gehörten zu den wenigen, die keine weißen Flaggen hissen, sondern Panzersperren errichten ließen. Die Anleitung zu deren Bau war weit verteilt und die Durchführung als Pflicht aller Volksgenossen propagiert worden. Die Amerikaner bewegten sich in Richtung Flughafen und Frankfurt als sie am Ortseingang von Panzersperren aufgehalten wurden. Die alliierten Soldaten nannten sie „61-Minuten-Sperren": Eine Minute, um sie zu überrollen, und 60 Minuten, um darüber zu lachen. Der kurze Einsatz von Artillerie in Walldorf kostete 8 Menschen das Leben, darunter waren auch Kinder.

Desillusionierung. Hessische Städte gehörten zu den am meisten verwüsteten Orten Deutschlands. Die Zentren von Darmstadt, Frankfurt, Hanau und Kassel waren praktisch nicht mehr existent. Selbst Mittelstädte und kleinere Orte waren schwer bombardiert worden und Tieffliegerangriffe hatten die ländliche Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt. Dazu kamen die Zerstörungen an der Kriegsfront.

Anweisungen von Militärs und das Verhalten von Parteifunktionären hatten zu einer starken Desillusionierung geführt. Die von NS-Seite beschworene „Volksgemeinschaft" zerbrach.

Während offizielle Stellen von der Zivilbevölkerung verlangten, Stand zu halten und Widerstand zu leisten, flüchteten NS-Bonzen mit ihren Familien und hinterließen in Parteizentralen und Bürgermeisterämtern gut sortierte und gefüllte Warenlager. Obwohl die deutsche Bevölkerung auf Kosten der besetzten Gebiete im Winter 1944/45 noch keine echten Versorgungsengpässe kannte, war das eine Provokation.

Dass 15-Jährige zur Flakabwehr und zum Volkssturm eingezogen wurden, empörte nicht nur deren Mütter. Jugendliche, die nicht zum Dienst antraten oder die sich ergeben wollten, wurden noch wenige Tage vor Kriegsende nach kurzen „Kriegsgerichtssitzungen" zum Tode verurteilt. Zur Abschreckung wurden sie des Öfteren an Laternenpfählen oder Bäumen aufgehängt. Die repressive Natur des eigenen Regimes wurde so auch jenen (wieder?) deutlich, die sich in den letzten Jahren mit den zivilen und militärischen Erfolgen NS-Deutschlands über eigene Kritikpunkte hinweggetröstet hatten.

Trotz solcher Erfahrungen und der Erleichterung wegen des Endes der Kriegshandlungen waren mit dem Vormarsch der Alliierten bei den meisten Deutschen eher Ängste als Hoff-

Eschweiler, Zerstörungen in der Innenstadt.

Luftaufnahme vom zerstörten Darmstadt.

Amerikanische Soldaten bieten einigen Flüchtlingen einen Transport an.

Kinder bei einer Pause auf der Flucht.

nungen verbunden. Vor allem aktive Nationalsozialisten erwarteten Strafen. Manche nahmen sich bei Kriegsende das Leben. Zum allgemeinen Gefühl der Unsicherheit trugen in den Städten und Gemeinden die „Fremden" bei: Kinder, die wegen des Bombenkriegs aufs Land geschickt worden waren, Evakuierte, die ihre Wohnung durch Bombardierung verloren hatten, Flüchtlinge und zunehmend Vertriebene aus dem Baltikum, der Tschechoslowakei, Ostpreußen und Schlesien. Mit dem Vorrücken der Front erstarrten allmählich die großen Menschenwanderungen und die vielen Ausländer, die auf dem Gebiet des Deutschen Reiches gestrandet waren, wurden augenfällig. Kriegsgefangene, italienische Militärinternierte, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge waren schon vorher da gewesen, jetzt konnten sie allerdings nicht mehr in Lagern festgehalten und mangelhaft versorgt werden. Einige von ihnen rächten sich an Deutschen, wobei es nicht immer diejenigen traf, die als Peiniger unmittelbar schuldig geworden waren.

Manche Menschen wussten schon, wen sie verloren hatten, andere konnten noch hoffen, dass sich Vermisste wieder finden ließen.

Feste Familienstrukturen waren häufig erschüttert, Familienmitglieder durch die Kriegsereignisse voneinander getrennt. Manche Menschen wussten schon, wen sie verloren hatten, andere konnten noch hoffen, dass sich Vermisste wieder finden ließen. Schwierig war das bei Kindern, die noch zu jung waren, um ihren Namen und ihren Herkunftsort zu kennen. In vielen Fällen dauerte es Monate und Jahre, bis Gewissheit herrschte, in manchen kam es nie dazu.

Große Herausforderungen. Die stark beschädigte Verkehrsinfrastruktur, der Treibstoffmangel, die Ausgangssperren der Besatzungsmächte und das Einrichten von Besatzungszonen reduzierten mit Kriegsende die Mobilität der Bevölkerung. Dennoch waren noch immer viele zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs – auf der Suche nach der Familie und Freunden, nach einer dauerhaften Unterkunft oder nach Nahrung. Intakte Fahrradreifen und Reserveschläuche gehörten zu den wirklich wertvollen Besitztümern in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Bürgermeister und Landräte waren gefordert, Verkehrswege und Energieversorgung, Unterkunft und Nahrung, aber auch Gesundheitsfürsorge, Schulwesen, Feuerwehr und Polizei in ihren Verantwortungsgebieten wieder zu etablieren. Schuttberge mussten geräumt, Tote geborgen und begraben und der Wiederaufbau initiiert und gesteuert werden. Und das alles unter den Augen der Besatzungsmacht, die eigene Vorstellungen hatte, und deren Wohlwollen und Hilfe für die Versorgung so entscheidend war. Die amerikanische Besatzungsmacht, die heute im Rückblick von vielen als beste unter den großen vier gilt (es gab zusätzlich kleinere Besatzungsmächte wie Belgien oder Luxemburg), verschärfte anfänglich manche Probleme, insbesondere im Wohnungswesen. Für die Unterbringung des Militärpersonals wie aber auch für sogenannte „displaced persons" wurde Wohnraum requiriert. Gemeinden wie Zeppelinheim (Kreis

Die Identifikation mit der neuen Staatsform musste erst noch erreicht werden.

Offenbach) oder Cornberg (Kreis Hersfeld-Rotenburg) wurden als Ganzes für etliche Jahre beschlagnahmt.

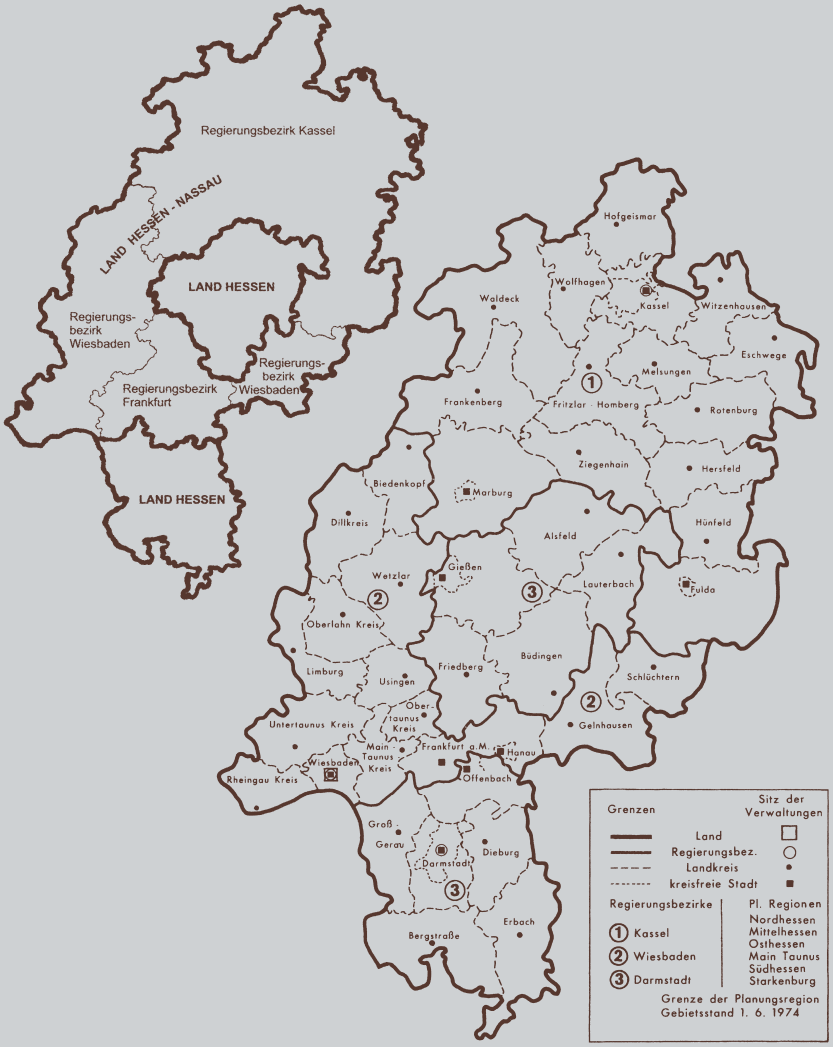
Die überregionalen deutschen Verwaltungsstrukturen wurden erst allmählich wieder aufgebaut. Anfänglich war nicht einmal klar, in welchem Länderrahmen dies stattfinden sollte. So sah ein erster Entwurf zur Ländergründung in der amerikanischen Besatzungszone, der am 24. Juni 1945 als Direktive veröffentlicht wurde, noch zwei hessische Länder vor: das Land Hessen-Nassau und das Land Hessen. Die Einteilung orientierte sich an den seit 1866 bestehenden Territorien der preußischen Provinz Hessen-Nassau und des Großherzogtums Hessen. Knapp drei Monate später wurde diese Entscheidung zurückgenommen und mit der Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 das Land Groß-Hessen gebildet. Bis auf das „Groß" hat diese Länderbildung bis heute Bestand. Die erste Landtagswahl nach Kriegsende am 1. Dezember 1946 diente gleichzeitig als Volksentscheid über die hessische Verfassung. Mit 76,8 Prozent der gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 73,2 Prozent wurde sie mit großer Mehrheit angenommen.

Damit war der äußere Rahmen bestimmt, die innere Ausgestaltung der demokratischen Verfassung, die Identifikation mit der neuen Staatsform musste erst noch erreicht werden. Die erfolgreiche Bewältigung der gegebenen Probleme wurde von Skeptikern als Test dafür gesehen, ob die Verwaltung in einer Demokratie effizient und verlässlich sein könne. Und es muss festgehalten werden, dass die Etablierung demokratischer Strukturen parallel zu Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmacht und der deutschen Behörden erfolgte. Die Abgabe und Zerstörung aller Waffen war sicherlich eine Notwendigkeit beim Einmarsch. Zunehmend jedoch klagten Polizisten, Förster und Jäger, dass sie Waffen benötigten. Deutsche Polizeistellen sahen es als problematisch an, wenn sie zur Durchführung von Razzien und anderen Polizeiaktionen auf Hilfestellung der Besatzungsmacht angewiesen waren. Und die deutschen Landwirte beschwerten sich über Wild, das in Zeiten des Nahrungsmittelmangels ihre Felder schädige und es ihnen unmöglich mache, die vorgeschriebenen Erntemengen zu erbringen. Auch wenn dieses Argument bei manchen Bauern vorgeschoben war, um sich

zusätzliche Vorräte beiseite legen zu können, waren die Wildschweine in der Nachkriegszeit tatsächlich zur Plage geworden.

Unmut verursachte die Zwangseinquartierung von Flüchtlingen und Vertriebenen. Der Unwille, Fremde in das eigene Heim aufzunehmen, verband sich mit Animositäten aufgrund von Sprache und Konfession der Neubürger. In Hessen mit seiner weit überwiegend protestantischen Bevölkerung veränderte der Zuzug von Katholiken die religiöse Landschaft. Andererseits brauchten viele der Flüchtlinge und Vertriebenen lange Jahre, um auch emotional anzukommen. Sie taten sich schwer mit dem Gedanken, nicht in ihre alte Heimat zurückkehren zu können.

Ein weiterer Bevölkerungsteil sah sich in Hessen ebenfalls auf der Durchreise: „displaced persons" – Menschen nichtdeutscher Herkunft, die bei Kriegsende oder danach ins Gebiet der Besatzungszone gekommen waren, und nicht wieder in ihre Heimatländer zurückkehren konnten oder wollten. Unter ihnen waren viele Juden, die auf eine Ausreise nach Palästina hofften. Es dauerte bis in die 1950er Jahre, bis fast alle Aufnahmeländer gefunden hatten. ■



Die obere Karte zeigt die zwei Hessen, die nach der Direktive vom 24.06.1945 gebildet werden sollten. Das Land Hessen hätte aus zwei Teilen bestanden. Die untere Karte stellt die durch Proklamation Nr. 2 vom 19.09.1945 festgelegte territoriale Gestalt von Groß-Hessen dar. Bis auf einige kleine Korrekturen ist das der Umriss bis heute. ■

Military Government

Alsfeld, den 7. April 1945.

An die Bevoelkerung des Landkreises Alsfeld.

Herr Kneisel ist als vorlaeufiger Landrat fuer den Kreis Alsfeld eingesetzt worden. Seine Anordnungen muessen genauestens befolgt werden. Er ist hiermit ermaechtigt, die frueheren Buergermeister vorlaeufig in ihrem Amt zu lassen oder vorlaeufig Neubesetzungen durchzufuehren. Ueber die endgueltige Besetzung der Buergermeister-Stellen wird spaeter die Amerikanische Armee bestimmen.

Alle Buergermeister, die bis auf weiteres von ihm anerkannt sind oder beauftragt werden, ab jetzt das Buergermeisteramt zu versehen, haben voll und ganz ihre Pflicht zu erfuellen. Die Bevoelkerung des Landkreises Alsfeld wird aufgefordert, alle Anweisungen und Bestimmungen ihrer vorgesetzten Behoerden auszufuehren.

Wm. P. Burks
Capt. Infantry
Military Governor.

Flüchtlingskind bei einer Schulspeisung.

Die Entstehungsphase des Hessischen Landkreistags ist eng mit den politischen Gegebenheiten der Besatzungszeit verknüpft. Die Amerikaner hatten nach ihrem Einmarsch weit über 50% aller hessischen Beamten entlassen. Sie handelten auf der Grundlage von „schwarzen Listen", die Personengruppen definierten, die sofort zu entlassen oder sogar automatisch zu verhaften waren.

In der Schuttwüste waren Keller oft der letzte Wohnraum (links). Vor dem Abtransport wurde der Schutt nach Verwendbarkeit sortiert.

Aufbruch und Gründung

Die ebenfalls vorhandenen „weißen Listen" zur Besetzung von Stellen waren für kommunale Zwecke nicht immer ausreichend. Daher improvisierten die jeweils verantwortlichen „Military Government Officers". Von den am 3. Dezember 1945 amtierenden 11 Landräten des ehemaligen Volksstaats Hessen (später Regierungsbezirk Darmstadt) waren vor 1933 gewesen: 1 Landrat, 1 Regierungsrat, 3 Bürgermeister, 1 Bezirksdirektor, 1 Polizeipräsident, 1 Polizeikommissar, 1 Lehrer, 1 Jurist und 1 Verleger. Recht bekannt ist der Fall des Journalisten Wilhelm Hollbach, der eher zufällig zum Oberbürgermeister in Frankfurt ernannt wurde. Er wurde nach einigen Wochen durch den früheren Hanauer Oberbürgermeister Dr. Kurt Blaum ersetzt. Auch bei der Ernennung von Landräten korrigierten die Amerikaner einige ihrer Entscheidungen. Im Bereich der ehemaligen preußischen Provinz Kurhessen (später Regierungsbezirk Kassel) wurden vier von 15 Landräten innerhalb von drei Monaten ausgewechselt. Die anderen erwiesen sich als fähig, die Verwaltung ihrer Kreise unter schwierigsten Voraussetzungen effektiv zu gestalten. Darüber hinaus waren sie in der Lage, mit ihren amerikanischen Gegenübern auszukommen. Manche Entlassung scheint denn auch weniger sachlich als persönlich motiviert gewesen zu sein.

Ein deutscher Angestellter der amerikanischen Militärregierung nimmt die Angaben einer Flüchtlingsfrau auf.

Nach den Wahlen in Landkreisen und kreisfreien Städten im April und Mai 1946 konnten die Landräte als nunmehr demokratisch legitimierte Amtsinhaber den Amerikanern gestärkt gegenübertreten. Angesichts der Machtverhältnisse und der Notwendigkeit, sich die Hilfe und Unterstützung der amerikanischen Truppen vor Ort zu sichern, blieben die Landräte jedoch in einer Mittlerposition zwischen deutschen Vorstellungen und amerikanischen Vorgaben, die manches Mal einen Spagat nötig machte. Vordringliche Aufgabe der Landräte, Bürgermeister und aller Verwaltungsbeamten war die Sicherstellung der menschlichen Grundbedürfnisse: Essen, Trinken und ein Dach über dem Kopf. Dafür musste die Infrastruktur wiederaufgebaut und sogar noch erweitert werden; schließlich mussten hunderttausende Neubürger zusätzlich versorgt werden.

Die Probleme verstärkten sich gegenseitig. Der Bevölkerungszuwachs trotz Kriegsverlusten durch die Flüchtlinge und Vertriebenen (knapp

Abfahrt zum Hamstern – in den Nachkriegsjahren wurde manche Bauernstube mit wertvollen Orientteppichen ausgelegt.

25% bis 1950) verschärfte den Wohnraum- und Nahrungsmangel. Im Juli 1946 sank die Rationierung bis auf 1.058 Kalorien, wobei selbst diese auf Lebensmittelkarten vorgesehenen Portionen nicht immer verteilt werden konnten. Die Mangelernährung und die hygienisch oft problematischen Wohnverhältnisse verringerten die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegen Krankheiten. Besonders Kinder und alte Menschen waren gefährdet. Arzneimittel fehlten; so war z. B. Penicillin, das in den USA bereits üblich war, im Nachkriegsdeutschland eine Rarität. Ruhr und später Tuberkulose wurden zu Massenerkrankungen. Polio breitete sich unter Kindern stark aus – die Kinderlähmung. Hessen war auf Nahrungsmittellieferungen aus anderen Ländern angewiesen. Selbst das Wetter macht die Situation noch schlimmer. Schon die Winter 1944/45 und 1945/46 waren hart gewesen. Der sehr strenge Winter 1946/47 wurde zudem noch von einem außergewöhnlich trockenen Sommer 1947 abgelöst. So folgte auf das magere Erntejahr 1946, in dem sich Saatgut- und Düngemangel bemerkbar gemacht hatten, 1947 eine echte Missernte. Die Beteiligung am Schwarzmarkt war zwar ein strafbares Delikt, aber viele Menschen waren schlicht dazu gezwungen, sich daran zu beteiligen.

Arbeitsfelder. Körperlich geschwächte, häufig traumatisierte Menschen mussten den physischen und psychischen Wiederaufbau bewältigen. Vieles hatte gleichzeitig zu geschehen: Trümmerbeseitigung und sofortige Bereitstellung von Wohn- und auch Arbeitsraum, Wiederherstellung der Lebensmittel- und Wasserversorgung, Instandsetzung von Kanalisation und Verkehrsinfrastruktur, Umstellung der Kriegswirtschaft auf zivile Produktion, Aufbau von Polizei, Verwaltung und Schulwesen, die frei von aktiven Nationalsozialisten sein sollten, Umsetzung der Entnazifizierung … Die 1945 von Amerikanern ernannten wie auch

Selbsthilfe im Wiederaufbau.

Ich kenne also sämtliche zerbombten Städte des damaligen Deutschland von Flensburg bis Graz und von Königsberg bis Aachen.

Heinrich Treibert, geb. 31.03.1898 in Treysa, gest. 30.04.1974 in Hofgeismar; Volksschullehrer. Er war 1929–1932 Landrat in Fritzlar, 1945–1948 Landrat Kreis Ziegenhain, danach Vorstandsvorsitzender der EMA in Kassel. Das SPD-Mitglied Treibert war mit 31 Jahren zum preußischen Landrat des Kreises Fritzlar berufen worden. In der NS-Zeit wurde er entlassen und verfolgt. Er suchte sich Arbeit in der Privatwirtschaft. 1945 wurde Heinrich Treibert zum Landrat des Kreises Ziegenhain ernannt und bei der Kreistagswahl in seinem Amt bestätigt. Er war die treibende Kraft bei der Wiederbelebung des Deutschen Landkreistags, dessen erster Nachkriegspräsident er wurde, und er engagierte sich bei der Beratung von Kreisen und bei der Gründung von Verbänden auf Länderebene. ■

die 1946 von ihren Landsleuten gewählten Landräte waren als Spitzen der kommunalen Verwaltung wirklich gefordert.

Obwohl die Notsituation manche Zwangsmassnahmen erforderte, sollte es keine Rückkehr zu einer autoritär agierenden Bürokratie geben. Der Abbau obrigkeitsstaatlicher Mentalitäten und des Untertanengeists, den die Amerikaner wie auch etliche Deutsche als wichtigen Faktor für das Scheitern der Weimarer Republik und die schnelle Durchsetzung des Nationalsozialismus bewerteten, sollte durch eine volksnahe Verwaltung gestützt werden. So forderte Ministerpräsident Stock in seiner ersten Regierungserklärung Anfang 1947, „der Geist der Demokratie" solle auch in die Amtsstuben einziehen. Die Besatzungsmächte hatten bereits die für alle Kommunen im „Dritten Reich" gültige und auf dem Führerprinzip aufgebaute „Deutsche Gemeindeordnung" vom 30. Januar 1935 außer Kraft gesetzt und den Spitzenverband

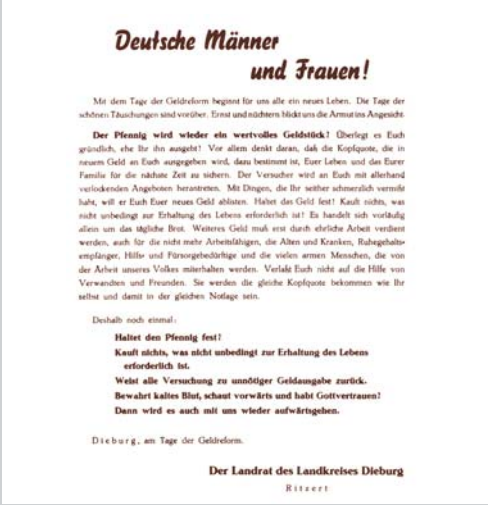
Das Landratsamt Ziegenhain in der Nachkriegszeit (links) und das Landratsamt Biedenkopf in den 1940er Jahren (rechts).

der Kommunen, den „Deutschen Gemeindetag", mit einem Verbot der Neugründung belegt. In allen Besatzungszonen wurde danach neues Kommunalverfassungsrecht etabliert. In Hessen wurden mit der „Großhessischen Gemeindeordnung" vom 21. Dezember 1945 und der „Kreisordnung" vom 21. Januar 1946 die rechtlichen Grundlagen geschaffen.

Erste Treffen. Die Neuordnung bestätigte die Doppelstellung der Kreise als staatliche Verwaltungsbezirke und kommunale Gebietskörperschaften mit einem Landrat an der Spitze. Neu waren jedoch Zusammensetzung und Zuständigkeiten des Kreistages und des Kreisausschusses. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen organisierten sich die Landkreise eine Interessensvertretung, die als Diskussionsforum mit Erfahrungsaustausch fungierte.
Spiritus rector war der Landrat des Kreises Ziegenhain, Heinrich Treibert. Er war mit 31 Jahren zum Landrat im Kreis Fritzlar in Kurhessen ernannt und nach vier Jahren von den Nationalsozialisten aus dem Amt entfernt worden. Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit, trotz der enormen Arbeitslast für alle kommunalen Verantwortlichen, bemühte er sich, eine Vereinigung zu etablieren, die an die Grundsätze der preußischen Verwaltung von vor 1933 anknüpfen sollte. So schloss sich am 30. Oktober 1945 noch nach der Proklamation von Groß-Hessen unter seiner Führung die „Arbeitsgemeinschaft Kurhessischer Landkreise" zusammen. Nach weiteren Treffen in Oberhessen und Nassau erweiterte sich Anfang 1946 dieses Gremium zur „Arbeitsgemeinschaft der Großhessischen Landkreise", die am 30. Januar 1946 ihre erste Tagung durchführte. Nach der Landtagswahl im Dezember 1946 folgte die Arbeitsgemeinschaft der Länderbezeichnung und verzichtete auf das Präfix „Groß". Bereits bei der Tagung am 30. Januar war Heinrich Treibert zum ersten Vorsitzenden gewählt worden. Die Satzung sah vor, dass

„Deutsche Männer und Frauen!

Mit dem Tag der Geldreform beginnt für uns alle ein neues Leben. Die Tage der schönen Täuschungen sind vorüber. Ernst und nüchtern blickt uns die Armut ins Angesicht. ...“



Deutsche Männer und Frauen!

Mit dem Tage der Geldreform beginnt für uns alle ein neues Leben. Die Tage der schönen Täuschungen sind vorüber. Ernst und nüchtern blickt uns die Armut ins Angesicht.

Der Pfennig wird wieder ein wertvolles Geldstück! Überlegt es Euch gründlich, ehe Ihr ihn ausgebt! Vor allem denkt daran, daß die Kopfquote, die in neuem Geld an Euch ausgegeben wird, dazu bestimmt ist, Euer Leben und das Eurer Familie für die nächste Zeit zu sichern. Der Versucher wird an Euch mit allerhand verlockenden Angeboten herantreten. Mit Dingen, die Ihr seither schmerzlich vermißt habt, will er Euch Euer neues Geld ablisten. Haltet das Geld fest! Kauft nichts, was nicht unbedingt zur Erhaltung des Lebens erforderlich ist! Es handelt sich vorläufig allein um das tägliche Brot. Weiteres Geld muß erst durch ehrliche Arbeit verdient werden, auch für die nicht mehr Arbeitsfähigen, die Alten und Kranken, Ruhegehaltsempfänger, Hilfs- und Fürsorgebedürftige und die vielen armen Menschen, die von der Arbeit unseres Volkes miterhalten werden. Verlaßt Euch nicht auf die Hilfe von Verwandten und Freunden. Sie werden die gleiche Kopfquote bekommen wie Ihr selbst und damit in der gleichen Notlage sein.

Deshalb noch einmal:

Haltet den Pfennig fest!
Kauft nichts, was nicht unbedingt zur Erhaltung des Lebens erforderlich ist.
Weist alle Versuchung zu unnötiger Geldausgabe zurück.
Bewahrt kaltes Blut, schaut vorwärts und habt Gottvertrauen!
Dann wird es auch mit uns wieder aufwärtsgehen.

Dieburg, am Tage der Geldreform.

Der Landrat des Landkreises Dieburg
Ritzert

eine Geschäftsstelle am Amtssitz des jeweiligen Vorsitzenden einzurichten war, die von einem Syndikus mit Hilfe einer Sekretärin verwaltet werden sollte. Konsequenterweise wurde daher nach dem 11. September 1948, als Landrat Friedrich Bachmann zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, die Geschäftsstelle von Ziegenhain nach Biedenkopf verlegt. Heinrich Treibert setzte sich mit Landräten aller Länder der amerikanischen Besatzungszone in Verbindung und versuchte Kontakt zu Kollegen aus den anderen westlichen Zonen aufzubauen und zu halten. Sein Ziel war es, einen erneuerten Deutschen Landkreistag zu gründen. Eine Zwischenetappe auf dem Weg dorthin sollten Landkreisverbände in weiteren Ländern sein. Die zonenübergreifende Vereinigung „Deutscher Landkreistag“ (DLT) wurde schließlich am 10. Februar 1947 im Landratsamt Höchst a.M. aus der Taufe gehoben. Auch hier übernahm Treibert erst einmal das Amt des Vorsitzenden. Dass gleich drei wichtige Treffen des DLT in Hessen stattfanden (neben der erwähnten Gründungsversammlung in Höchst die erste Präsidialsitzung vom 21. Februar 1947 in Ziegenhain und die erste Hauptausschusssitzung am 21. Mai des gleichen Jahres auf der Gleiburg bei Gießen), liegt sicherlich zum einen in der Person Treiberts begründet, zum anderen war Hessen aufgrund seiner geographischen Lage für die Teilnehmer und Besucher aus allen Westzonen recht gut mit Verkehrsmitteln zu erreichen.

Stühlerücken. Auf jeden Fall vollzogen die Landkreise mit der Gründung ihrer Interessensvertretung den Demokratieaufbau von unten nach oben, wie er nach den Maßgaben der Amerikaner vorgesehen war.
In Hessen wurde diese Entwicklung von der Landespolitik verfolgt und begleitet. So nahm an der ersten und zweiten Haupttagung der

Landrätekonferenz der „Arbeitsgemeinschaft hessischer Landkreise" (ALK) Ministerpräsident Geiler mit mehreren Ministern teil. Die Landkreise waren Einheiten, deren Funktionieren und deren Fähigkeit, kurzfristig richtig zu reagieren, um langfristig erfolgreich agieren zu können, für einen erfolgreichen Aufbau eines stabilen demokratischen Gemeinwesens essentiell waren. Zudem hatten sie sich in den vergangenen Nachkriegsmonaten ohne Zweifel Meriten bei der Bewältigung von Krisen, die allerdings noch nicht beendet waren, verdient. Organisatorisch waren alle 39 Landkreise im ALK vertreten und in drei Bezirksgruppen entsprechend den drei existenten Regierungsbezirken Darmstadt, Kassel und Wiesbaden unterteilt. Es gab einen Arbeitsausschuss, in dem 12 Landräte (je vier aus den drei Bezirksgruppen) die wichtigsten Entscheidungen vorbereiteten. Insbesondere wählten sie auch den Vorsitzenden. Am 11. September 1948 wurde

Friedrich Bachmann, geb. 29.06.1884 in Niederurff, gest. 14.03.1960 in Kassel; Verwaltungsjurist. Ministerialdirigent im preußischen Finanzministerium, seit 1927 stellvertretender Bevollmächtigter Preußens im Reichsrat. Nach der Absetzung der preußischen Staatsregierung Braun-Severing 1932, dem sog. Preußenschlag, wurde er zum Regierungspräsidenten in Erfurt ernannt, 1935 in gleicher Funktion nach Schneidemühl (Grenzmark Posen-Westpreußen) und 1939 ins schlesische Liegnitz versetzt. 1942 wurde er mit 56 Jahren in den Ruhestand geschickt. 1944 geriet er im Zusammenhang mit dem 20. Juli vorübergehend in Haft.
1946 bis 1959 amtierte er als Landrat in Biedenkopf, 1948 bis 1955 leitete er den Hessischen Landkreistag. ■

Wetzlar-Niedergirmes 1946 – Die Bürger konnten zum Trümmerräumen verpflichtet werden. Hier beteiligt sich die Stadtverwaltung an der Aktion.

Organisationsaufbau der Arbeitsgemeinschaft hessischer Landkreise von 1946

Erster Vorsitzender
(gewählt vom Arbeitsausschuss = je 4 Landräte aus den 3 Bezirksgruppen)

Geschäftsstelle mit Syndikus und Sekretärin

Regierungsbezirk Darmstadt	Regierungsbezirk Kassel	Regierungsbezirk Wiesbaden
Alsfeld	Eschwege	Biedenkopf
Bergstraße	Fritzlar-Homberg	Dillenburg
Büdingen	Frankenberg	Gelnhausen
Darmstadt	Fulda	Hanau
Dieburg	Hersfeld	Main-Taunus
Erbach/Odw.	Hofgeismar	Obertaunus
Friedberg	Hünfeld	Limburg
Gießen	Kassel	Rheingau
Groß-Gerau	Marburg	Schlüchtern
Lauterbach	Melsungen	Untertaunus
Offenbach	Rotenburg	Usingen
	Waldeck	Oberlahnkreis
	Witzenhausen	Wetzlar
	Wolfhagen	
	Ziegenhain	

Organisationsstruktur des Hessischen Landkreistags von 1949

Vorstand
besteht aus Vorsitzendem des HLT, dem Stellvertreter und den 3 Vorsitzenden der Bezirksgruppen

Geschäftsstelle mit Syndikus und Sekretärin

Hauptausschuss
besteht aus Vorsitzendem des HLT und je 4 von den 3 Bezirksversammlungen gewählten Mitgliedern

Mitglieder-versammlung (2 Stimmen je Landkreis)	Landräte-versammlung (alle Landräte)	3 Bezirks-versammlungen (Kreisvertretungen nach Regierungs-bezirken)		
		Da-Kreise	Ks-Kreise	Wi-Kreise

Seit 1949 nahmen die Vertreter der 66 Gemeinden des Kreises Biedenkopf und der Landrat auf mit Wappen verzierten 67 Stühlen im Kreistag Platz.

an Stelle von Landrat Heinrich Treibert mit Regierungspräsident a.D. Landrat Friedrich Bachmann (Kreis Biedenkopf) ein weiterer ehemaliger preußischer Verwaltungsfachmann als Vorsitzender gewählt.

Im folgenden Monat wurden auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft hessischer Landkreise in Groß-Umstadt die Weichen für die Einbeziehung der Kreistagsabgeordneten als Vertreter der parlamentarischen Gremien gelegt. Die in Groß-Umstadt stattfindende Haupttagung am 21. Oktober 1948 beschloss einstimmig eine weitere, nun dauerhafte Umbenennung. Mit sofortiger Wirkung wurde die ALK zum HLT, dem Hessischen Landkreistag. Außerdem wurde eine neue Satzung beraten, die am 25. Mai 1949 in Fulda mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Es gab nun mehrere Organe, die vom Vorstand, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und den drei Vorsitzenden der Bezirksgruppen, geführt wurden. Darunter agierte der Hauptausschuss, der dem Arbeitsausschuss der ALK entsprach, also aus dem Vorsitzenden und je vier von den drei Bezirksversammlungen gewählte Mitglieder bestand. Ferner gab es Bezirksversammlungen der Kreise, die Landräteversammlung (nur die Landräte, wie der Name sagt) und die Mitgliederversammlung (mit zwei Stimmen je Landkreis).

Die organisatorische Konstruktion wurde trotz der anfänglichen einmütigen Zustimmung in den Folgejahren zu einem Streitpunkt. Es war der erste Versuch, die Landkreisorganisation, die vor 1933 eine reine Landrätevertretung und damit eine Interessengemeinschaft von Staatsbeamten gewesen war, auf die politische Sphäre auszuweiten, indem gewählte Kreistagsabgeordnete in den Spitzenverband integriert wurden. ■

Dorfgemeinschaftshaus Fronhausen.

Am Ende der direkten Besatzungszeit, zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland war vom „Wirtschaftswunder" noch nicht gar so viel zu spüren. Dennoch – vieles verbesserte sich: Weniger Lebensmittel waren rationiert und es gab mehr auf dem freien Markt zu kaufen. Seit der Währungsreform im Juni 1948 hatte sich das Warenangebot enorm vergrößert. Die Marshallplan-Hilfe (das European Recovery Programm) war angelaufen und erleichterte nicht nur große Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand, sondern verhalf so manchem Bürger auch zu einem Haus. Die Arbeitslosigkeit ging allmählich zurück und die Wohnungslage entspannte sich, obwohl noch immer viel zu viele zu eng und zu schlecht untergebracht waren. Selbst die Scheidungsrate war ab 1950 wieder rückläufig – das änderte sich allerdings später wieder. Kurz gesagt, die materielle Grundlage war für die meisten Menschen noch nicht befriedigend, aber es gab die Erwartungshaltung, dass es besser wird. Die Stimmung war eher optimistisch.

Nationale und internationale Krisen wie die Berlinblockade und der Koreakrieg ließen zwar sofort wieder Ängste, bei manchen sogar Panik aufbrechen. Jedoch half das Verhalten der amerikanischen Besatzungsmacht, Befürchtungen zu dämpfen. Viele Deutsche hatten bezweifelt, dass sie in einer Konfliktsituation zu ihren Verpflichtungen stehen würden. Die erfolgreiche Luftbrücke sowie das Eingreifen und Ausharren in Korea trotz enormer Verluste wirkten daher vertrauensbildend; allmählich wurde der Besatzer zum Verbündeten. Auf kommunaler Ebene waren das die Amerikaner schon längst. Viele Sportplätze wären ohne

Der Hessenplan förderte u.a. die Ansiedlung neuer Branchen. Die Musikinstrumentenbauer in Nauheim, Krs. Groß-Gerau gehörten dazu (links).

Der Begriff „Hessenplan" steht für die Aufbaupolitik der hessischen Landesregierung und für die Aufbruchstimmung, die sich daraus entwickelte. Es gab jedoch nicht nur „den" Hessenplan, sondern etliche weitere Fördermaßnahmen. Alle zusammen bewirkten eine ermutigende Wechselwirkung zwischen realisierten Verbesserungsmöglichkeiten und engagierten Zielsetzungen in den Landkreisen.

Es ging nicht mehr um Notfallmaßnahmen, die ad hoc entschieden werden mussten.

Georg Wink, geb. 26.08.1894 in Hutzdorf, gest. 27.05.1967 in Ober-Ramstadt; nach Erstem Weltkrieg Polizist; seit 1932 im Rang eines Polizeikommissars Leiter der Schlosswache Darmstadt. 1933 als Sozialdemokrat entlassen, lebte er während der NS-Zeit als Futtermittelhändler in Ober-Ramstadt. Trotz Überwachung hielt er Kontakt zu Widerstandskreisen. Landrat des Kreises Darmstadt 1945-1963 (05.04.1945 ernannt, Wiederwahlen durch den Kreistag 1946, 1948 und 1954). 1955-1963 Präsident des Hessischen Landkreistags, 1960-1963 Vizepräsident des Deutschen Landkreistags. Landrat Wink engagierte sich für ein demokratisches Schulwesen. Er förderte die Gründung des Schuldorfs Bergstraße, die erste (additive) Gesamtschule Deutschlands. ■

amerikanische Bulldozer nicht planiert worden, Bücherstuben und rollende Bibliotheken ohne amerikanische Laster nicht in den Dörfern eingetroffen und viele Zeltlager ohne amerikanische Armeeausrüstung nie zustande gekommen. Bürgermeister und Landräte mit guten Kontakten zu den stationierten Truppenkommandeuren hatten Vorteile.

Neue Satzung. Die Aufgabenstellung für die Landräte und Kreistage entsprach den veränderten, geordneteren Verhältnissen. Es ging nicht mehr um Notfallmaßnahmen, die ad hoc entschieden werden mussten. Nun sollte Verwaltungshandeln auf gesetzlicher Grundlage nachvollziehbar und in allen Kreisen vergleichbar durchgeführt werden. Gleichzeitig kam es zu einer Ausweitung des Aufgabenspektrums. Der Hessische Landkreistag engagierte sich in den Jahren 1948 bis 1956 stark bei der Neuordnung des kommunalen Verfassungsrechts. Analog dazu wurde auch noch einmal die eigene Satzung, die erst 1949 verabschiedet wor-

Frl. Retzlaff, Mitarbeiterin des HLT, an ihrem Schreibtisch im „Haus der Landkreise" in Wiesbaden (rechts).

den war, in Frage gestellt. Es dauerte bis 1956, bis alle Differenzen ausgeräumt und eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde. Die Einordnung der Kreistagsabgeordneten in die Organe und in die Arbeit des Hessischen Landkreistags war zwischenzeitlich heftig umstritten. Dabei könnte eine gewisse Interessenkollision vorgelegen haben, da ein Kreistagsvorsitzender zugleich Geschäftsführer des Hessischen Gemeindetags gewesen ist. Unabhängig von eventuellen persönlichen Motivationen war die Frage der Einbindung gewählter Vertreter parlamentarischer Gremien grundsätzlicher Natur. Die Auseinandersetzungen um die Organisationsstruktur des Hessischen Landkreistags waren langfristig nicht nur ein Beitrag zur Stärkung des Verbandes, sondern darüber hinaus auch ein Beitrag zur Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Die wichtigsten dauerhaften Ergebnisse in zwei Veränderungsschritten 1953 und 1956 waren: Am 11. Juni 1953 wurde in Jugenheim (Bergstraße) durch eine erneuerte Satzung festgelegt, dass die Geschäftsführung vom Amtssitz des Präsidenten des HLT gelöst wird. Der neue Sitz der Geschäftsstelle sollte zukünftig eine feste Vertretung am Sitz der Landesregierung in Wiesbaden sein. Der Umzug nach Wiesbaden wurde schnell vollzogen und 1957 wurde sogar das verbandseigene „Haus der Landkreise" erbaut. Außerdem verankerte die Jugenheimer Satzung die Mitarbeit von Kreistagsabgeordneten in den Organen des Hessischen Landkreistags. Die zwischenzeitlich gebildete „Arbeitsgemeinschaft hessischer Kreistage" löste sich nach dieser Entscheidung wieder auf.

Diese Struktur sollte sich als dauerhafter als ihre Vorgänger erweisen. Es kamen noch einmal Irritationen auf, als sich die Mitgliederversammlung am 29. März 1955 entschloss, statt eines Präsidenten und zweier Stellvertreter zwei Präsidenten und einen Stellvertreter zu wählen. Beide Präsidenten waren Landräte, Georg Wink (SPD) aus dem Kreis Darmstadt

HLT vor Ort, Besichtigung eines neuen Kindergartenbaus.

Organisationsstruktur des Hessischen Landkreistags seit 1953

Präsidium Präsident 2 Vizepräsidenten (1 Landrat und 1 Kreistagsabgeordneter) 2 Landräte und 2 Kreistagsabgeordnete	Mitglieder des **erweiterten Präsidiums** 3 Landräte und 3 Kreistagsabgeordnete
Bezirksversammlungen wählen je 2 Landräte und Kreistagsabgeordnete in das Präsidium und das weitere Präsidium	
Nord / Mitte / Süd	
Mitgliederversammlung Landkreise je nach Einwohnerzahl mit 2, 3 oder 4 Stimmen	

und Christoph Bernhard Schücking (CDU) aus dem Kreis Lauterbach. Nach einem Urteil des Landgerichtes Wiesbaden war diese Entscheidung gemäß den Statuten rechtlich zweifelhaft. Bei der nächsten Mitgliederversammlung am 19. März 1956 in Bad Homburg wurde daher zur Regelung von 1953 zurückgekehrt und erneut gewählt. Landrat Wink wurde im Amt bestätigt, mit Landrat Dr. Rehrmann und Kreistagsabgeordnetem Dr. Fricke hatte man neue Vizepräsidenten gefunden. Bereits 1953 war ein so genannter Verwaltungsausschuss aus Landräten gebildet worden, der, ohne ein eigenes Organ zu sein, Verwaltungsfragen beraten sollte. Er trat traditionell in der Adventszeit bei Landrat Dr. Stieler in Fulda zusammen. Außerdem tagten Fachausschüsse. In der Kommunalwahlperiode 1952-1956 gab es einen Verfassungs- und Personalausschuss, einen Finanzausschuss, einen Sozialausschuss, einen Wirtschafts- sowie einen Kulturausschuss.

Neben den verbandsinternen, organisatorischen Themen gelang es dem Hessischen Landkreistag schnell, die in ihm versammelte

Hilfen für die Industrie in Nordhessen – hier Fa. Henschel in Kassel – waren Teil der Pläne.

Kompetenz zu strukturieren und nach außen zu repräsentierten. So beteiligte sich der HLT intensiv am Gesetzgebungsprozess und unterstützte die sachkundige Besetzung von Vorstands- und Verwaltungsratpositionen.

Mehr Bauaufgaben. Ein großer Aufgabenkomplex auf Landkreisebene waren bis weit in die 1950er Jahre der Sozialbereich und die Wohnungsnot. Das Erste Wohnungsbaugesetz von 1950 bildete die Grundlage für den sozialen Wohnungsbau. Jahr für Jahr entstanden in der Folge bundesweit bis zu 500.000 Wohnungen. Die Arbeitslast für die Bauämter und die Bauaufsicht, die beide in den Verantwortungsbereich der Kreise fielen, war dementsprechend hoch.

Die Bauaufsicht musste sich zunehmend auch mit militärisch veranlassten Bauvorhaben beschäftigen. Die Rolle der beiden Deutschlands als Frontstaaten im Kalten Krieg brachte es mit sich, dass die zu Kriegsende geltende Doktrin der Demilitarisierung Deutschlands recht schnell von allen Siegermächten aufgegeben

Christoph Bernhard Schücking, geb. 25.01.1912 in Marburg/Lahn, gest. Februar 2004 in Brunsbüttel; Jurist. Nach Kriegsende war er kurz in amerikanischer Internierung. Er war CDU-Landrat des Kreises Lauterbach 1948-56, bei der Kreistagswahl 1952 gab es eine „Kommunalpolitische Liste Schücking", Wiederwahl zum Landrat 1954, Präsident HLT 1955-56. Aus privaten Gründen Wechsel nach Schleswig-Holstein, dort Landrat von Süderdithmarschen 1956-1966, engagierte sich sehr für die Storm-Gesellschaft, deren Ehrenpräsident er wurde, und andere regionale Geschichts- und Kulturvereine. In Lauterbach war er Vorsitzender des Gebietsausschusses Oberhessen im Landes-Fremdenverkehrsverband und Mitbegründer des Bodenverbandes Vogelsberg gewesen. ■

Bädertagung 1968 im Landkreis Biedenkopf.

Flüchtlinge und Vertriebene sind „angekommen", Wahlplakat 1962.

wurde. In der jungen Bundesrepublik waren die Aufstellung der Bundeswehr und der Eintritt in Militärbündnisse ein Streitpunkt, dessen Bedeutung parteipolitische Grenzen sprengte.

Militär vor Ort. Auf kommunaler Ebene waren jedoch vor allem die Begleiterscheinungen von Interesse: Bau von Stützpunkten, Kasernen und Wohnungen, Enteignung von Grundstücken, um Übungsplätze ausweisen und einrichten zu können, und der ganze Bereich rund um die regelmäßigen Manöver, hier insbesondere Manöverschäden. Den Nachteilen, die sich daraus ergaben, standen manche Vorteile gegenüber: Beschäftigung von deutschen Handwerksbetrieben, feste Arbeitsplätze auch für deutsche Zivilisten und der Kaufkraftzuwachs durch diejenigen, die mit den Militäreinrichtungen verbunden waren. In Notlagen waren manche Landräte froh über Militäreinheiten in ihrem Kreis. Bei Flut- und Schneekatastrophen zeigten sich fremde wie deutsche Truppen in der Regel sehr hilfsbereit und setzten ihre Geräte und ihre Arbeitskraft großzügig ein.

Unser Dorf ist schöner geworden – Altenburschla, das früher im Volksmund Schlamperode hieß.

Die Einrichtung von Stützpunkten und deren Einbettung in die Infrastruktur der Kreise verweist auf ein weiteres Großthema der 1950er und 1960er Jahre – die Raumordnung und Landesplanung. Die Regierung Zinn initiierte 1951 ihren ersten „Hessenplan", der vor allem der Integration der knapp eine Million Vertriebenen und Flüchtlinge, die Hessen seit 1945 aufgenommen hatte, dienen sollte. Dieser Hessenplan war ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Konzept, das durch materielle Anreize wie Beihilfen, Kredite und Ausfallbürgschaften Wirkung erzielen wollte. Wichtige Gegenstände waren u.a. Verkehrsverbesserungen für Pendler, der Wohnungsbau in der Nähe von Produktionsstätten sowie die Einrichtung von Arbeitsplätzen in ärmeren Landesteilen.

Der Norden Hessens war durch die Abriegelung der Zonengrenze wirtschaftlich und infrastrukturell stark betroffen. So gehörte Hessen zu den Bundesländern, die früh die spezielle Förderung von Landkreisen im Zonenrandgebiet aufnahm. Zudem hatte sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, die Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land auszugleichen. Beide Programme wurden 1952 aufgelegt.

1957 wurde das Sportförderprogramm „Rot-Weiß" eingerichtet, das landesweit zusätzliche Gelder für die Errichtung von Sportanlagen auslobte. Einen stärkeren Wettbewerbscharakter trug die Initiative „Unser Dorf soll schöner werden", die bundesweit von der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, dem Deutschen Gemeindetag und dem Deutschen Städtebund ausgeschrieben wurde. Auch der Bund und die Länder beteiligten sich mit finanziellen Zuschüssen. Die hessische Regierung begründete dieses Engagement mit der Förderung des Fremdenverkehrs und der Stärkung des dörflichen Gemeinschaftslebens. Hessen gehört zu den Bundesländern mit dem größten Beteiligungsgrad. Nach 20 Jahren hatte hier fast jeder Ort mit weniger als 3.000 Einwohnern teilgenommen.

1968, zehn Jahre später, wurde ein weiterer Wettbewerb für Gemeinden bis 50.000 Einwohner aufgelegt: „Bürger es geht um Deine Gemeinde". Er war weit weniger erfolgreich und entwickelte sich zu keiner festen Institution.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen in allen Teilen Hessens war Ziel der Pläne.

Im Laufe der 1950er Jahre wurden noch weitere Pläne geschmiedet und umgesetzt. Um Kinder und Jugendliche zu fördern, wurde 1958 der „Hessische Jugendplan" von der Landesregierung beschlossen. Er strukturierte und konzentrierte Förderungen und Investitionshilfen für diese Altersklasse. So half dieses Programm, Kinderspielplätze, Kindergartenplätze, Jugendheime, Jugendherbergen, usw. zu finanzieren. Schon im Jahr darauf wurde ein spezielles Programm für Senioren eingerichtet. Der „Sozialplan für alte Menschen" erleichterte den Bau neuer Altersheimplätze, die Modernisierung vorhandener und die Errichtung von altengerechten Wohnungen sowie Seniorenklubs. Weitere spezielle Programme richteten sich an den Mittelstand und an die Landwirtschaft, in der z.B. die Mechanisierung durch die Förderung von Landmaschinengemeinschaften vorangetrieben werden sollte.

Die Pläne wurden ergänzt von den „Hessentagen". Sie sollten das Gemeinschaftsgefühl von alteingesessenen Hessen und zugezogenen Neubürgern stärken. Jeder Hessentag war und ist eine Art Schaufenster für die Besonderheiten der gastgebenden Stadt. Obwohl eigentlich immer der jeweilige historische Hintergrund vorgeführt wird, wird der traditionelle Umzug am letzten Veranstaltungstag, dem Sonntag, auch für die Präsentation der aktuellen Situation genutzt. So konnten von Anfang an die Neubürger, die ehemaligen Flüchtlinge und Vertriebenen, ihre heimatliche Kultur und ihre aktuelle Lebenssituation einbringen.

Entscheidungsrahmen. In allen Kreisen, in Städten und Gemeinden wurden im großen Stil Planungsdaten und Kennziffern zu den Erfolgen der einzelnen Programme erhoben. Bis 1965 kristallisierte sich aus diesen Befunden und den Entwürfen von Expertenrunden ein Landesentwicklungsplan, der alle bisherigen, einzelnen Strukturmaßnahmen zusammenfasste. Der „Große Hessenplan" gliederte sich in soziale, kulturelle, Verkehrs- und Wirtschaftsprojekte und verstand sich als Entscheidungsrahmen, der helfen sollte, Investitionen nach Notwendigkeit einzusetzen.

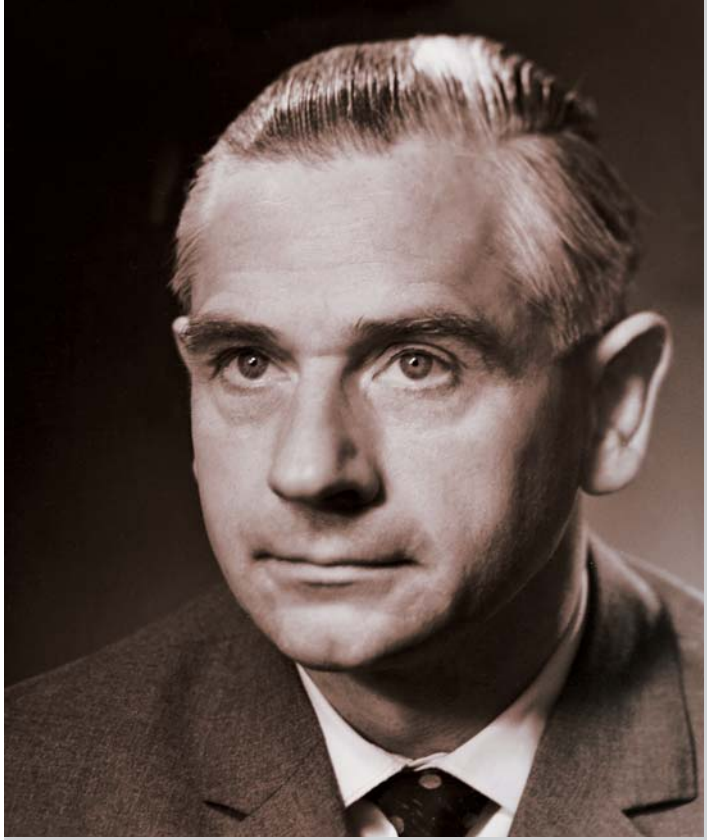
Die Landkreise waren von allen Aktionen direkt betroffen, meist aber schon im Voraus involviert. Durch die umfangreiche Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene erfuhren die

Ministerpräsident Zinn auf dem ersten Hessentag.

Kreisaufgaben bis 1970 eine bedeutende Ausweitung. Sie ermöglichte es den Kreisen, die Anreize und Finanzmöglichkeiten der verschiedenen Pläne zu nutzen. Immer mehr Einrichtungen der Sozialfürsorge, des Schul- und des Gesundheitswesens standen unter der Trägerschaft der Kreise. Die Landratsämter wurden als Behörden der Landesverwaltung mit dem Ziel der Einheitlichkeit stark ausgebaut.

Seit den Modifikationen der „Hessischen Gemeindeordnung" und der „Hessischen Kreisordnung" bis 1960 ist der Landrat ein vom Kreistag gewählter Kreisbeamter und als Vorsitzender des Kreisausschusses Leiter der Verwaltung des Landkreises als kommunaler Gebietskörperschaft. Zugleich blieb das Landratsamt eine Behörde der Landesverwaltung.

Der Hessische Landkreistag bildete in diesen Jahren eine wichtige Plattform, um die jeweiligen Bedürfnisse seiner Mitglieder zu eruieren, die Anforderungen der Landkreise zusammenzufassen und die Vorstellungen zu harmonisieren. So brachte der HLT in diesen Jahren die Interessen seiner Mitglieder recht erfolgreich in den Gesetzgebungsprozess und das Regierungshandeln ein. ■



Dr. Ekkehard Lommel, geb. 14.12.1913 in Weilburg, gest. 01.10.2006 in Auerbach; promovierter Jurist. Vor dem Krieg Gerichts- und Regierungsreferendar, nach einer schweren Kriegsverwundung 1941 Verwaltungsausbildung, Dezember 1944 Ernennung zum Regierungsrat. Ab Juni 1945 Geschäftsführer einer Schwerbeschädigten-Produktionsgenossenschaft im Oberlahnkreis, 1949-1951 Referent im hessischen Innenministerium. Für die SPD 1951 mit hauchdünner Mehrheit zum Landrat im Kreis Bergstraße gewählt, mehrfach wiedergewählt, im Jahr 1976 in den Ruhestand. 1963-1965 Präsident des Hessischen Landkreistags. Dr. Lommel gilt als „Baumeister" des Kreises, wo ihm angesichts seiner Verdienste der Titel „getreuer Ekkehard" verliehen worden ist. ■

Reform – das war ein Schlagwort seit 1945. Und tatsächlich wurden mit der Forderung oder der Ablehnung von Reformen Schlachten geschlagen und auch Wahlsiege errungen. Erste Reformen wurden in Hessen von der amerikanischen Besatzungsmacht eingefordert. Sie hätten gerne eine Schulreform und eine Änderung des Beamtenrechts erreicht, konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Doch das große Jahrzehnt der Reformen kam erst noch.

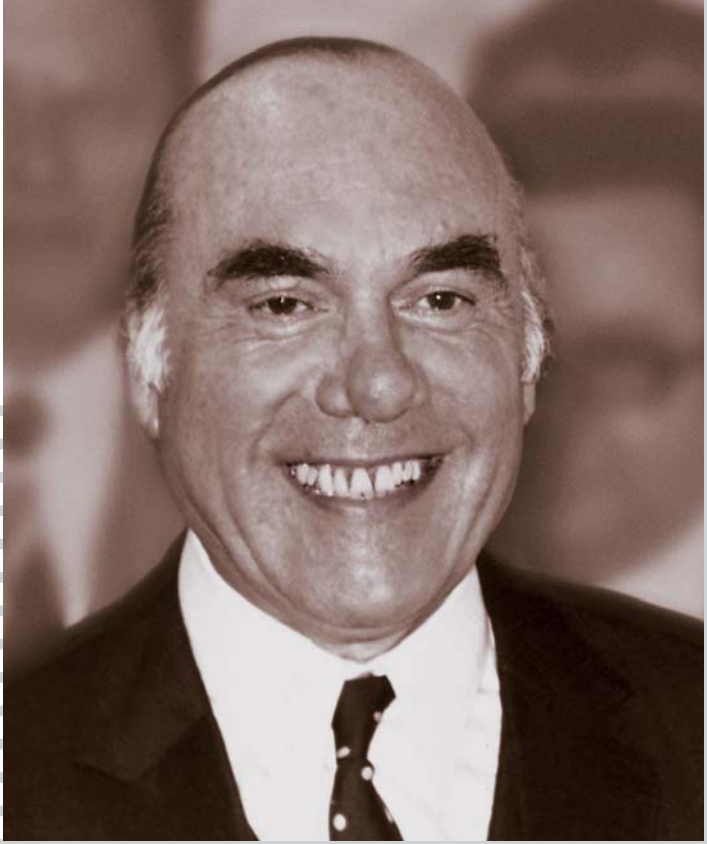
Die Gebietsreform der 1970er Jahre

Das Schulbauprogramm der 1950er Jahre.

Studentendemonstration in Wiesbaden 1968.

Die Themen selbst waren nicht von der politischen Tagesordnung verschwunden, wie das Beispiel Schulreform zeigt. Darüber wurde gerade in Hessen häufig und gerne diskutiert. Stand in der Nachkriegszeit vor allem der Schulbau und die Frage der Wechselwirkung von Schulwesen und Demokratie auf der Agenda, wurde später der Aspekt der angestrebten Chancengleichheit stärker betont. Der Hessische Landkreistag beschäftigte sich intensiv mit dem Schulwesen. Schon 1950 widmete sich das Hauptreferat der Mitgliederversammlung vom 4. Juli in Bad Nauheim der Frage von „Schulreform und die demokratische Erziehung im westlichen Deutschland". Der spätere Präsident Landrat Georg Wink (1955-1963) forcierte in seinem Kreis die erste additive Gesamtschule Deutschlands, das Schuldorf Bergstraße. Und natürlich war der Verband engagiert bei der Beratung des Schulverwaltungsgesetzes, das im Juni 1961 die Kreise zu Trägern der öffentlichen Schulen bestimmte. Die berühmten – manche nennen sie berüchtigt – Hessischen Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht wurden 1972 erlassen.

Die starken Proteste – in diesem Fall aus eher konservativen Kreisen – entstanden nicht zuletzt aus dem Gefühl, als davon Betroffene (Lehrer, Schüler, Eltern) nicht angehört, sondern mit Ergebnissen konfrontiert worden zu sein. In den Jahren seit Kriegsende waren die Partizipationsansprüche der Bürger gewachsen. Die Studentenbewegung mit ihren Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen,



Kurt Moosdorf, geb. 26.04.1910 in Bad Vilbel, gest. 05.06.1980 in Büdingen; Verwaltungsbeamter. Er wurde 1933 als SPD-Parteimitglied aus der Gießener Stadtverwaltung entlassen. Er musste eine Beschäftigung in der Privatwirtschaft finden. Bis 1946 war er als Verkaufsleiter eines Industrieunternehmens tätig. Am 26.02.1946 wurde er zum Landrat von Büdingen ernannt, am 14.06.1948 erstmals gewählt. Dank wiederholter Wahl amtierte er bis zum 30.06.1972. Kurt Moosdorf gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Hessischen Landkreistags und war Vorsitzender des Sozialausschusses, bis er Präsident des Hessischen Landkreistags im Jahr 1965 wurde. Mit dem Ende seiner Amtszeit als Landrat in Büdingen endete nach sieben Jahren auch seine Präsidentschaft. ■

von der Studiensituation bis zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit war nur die öffentlich wirksamste Strömung. Die Vorstellung, vor Verwaltungsmaßnahmen und Regierungshandeln gehört werden zu müssen, war auch in völlig anderen Milieus weit verbreitet. So war zum Beispiel die Bürgerinitiative für die Erhaltung des Frankfurter Westends, die sich gegen den Abriss alter Wohnsubstanz und die Errichtung von Bürotürmen wandte, ursprünglich nicht mit Studenten verknüpft gewesen, sondern eine bürgerlich geprägte Anwohnerinteressengemeinschaft. Als zweite Vorsitzende fungierte sehr engagiert die Ehefrau des evangelischen Pfarrers und die Gruppe traf sich in der Regel im Gemeindehaus.

Maß der Erneuerung. Ministerpräsident Walter Wallmann zitierte 1988 anlässlich der Verabschiedung von Landrat Eitel Höhne aus dessen Amt im Kreis Werra-Meißner zustimmend einen Vorredner, der gesagt hatte „jene Legislaturperiode von 1966–1970 sei

Dr. Walter Wallmann (rechts) war als OB von Frankfurt bei der Mitgliederversammlung des HLT in Wetzlar dabei.

wahrscheinlich die intellektuell anregendste und bewegenste gewesen, die wir, soweit wir das überblicken können, im Hessischen Landtag erlebt haben. Es ist eine Zeit gewesen, in der wir um Grundsatzfragen miteinander gerungen und manches Mal auch gestritten haben." Es war die Zeit der Diskussionen um das richtige Maß an Erneuerung. Ansatzpunkt waren erkannte Schwierigkeiten oder gar Missstände gewesen, bei der gleichzeitigen Überzeugung, dass mit guter Planung und Umsetzung die Probleme gelöst werden können. In Hessen hatte man in den zurückliegenden Jahren mit den Hessenplänen und anderen Förderprogrammen beste Erfahrungen gemacht. Vor diesem Hintergrund verlief die Diskussion um eine umfassende Territorial-, Funktional- und Finanzreform. Besonders in der Erinnerung der Bevölkerung ist jedoch nur die Territorial-, die Gebietsreform geblieben.

Die Landkreise waren in allen Belangen von den Planungen betroffen. Der Hessische Landkreistag als Spitzenverband der Landkreise begleitete den Prozess und versuchte, frühzeitig Einfluss zu gewinnen. Überlegungen, wie die Städte, Gemeinden und Kreise den gestiegenen Verwaltungsansprüchen gerecht werden könnten, wurden bereits in den 1950er Jahren entwickelt. So hielt denn auch Ministerpräsident Dr. Zinn auf der Jahrestagung des Hessischen Landkreistags 1959 ein Grundsatzreferat zum Thema „Notwendigkeit und Wege einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit". Schnell setzte sich allerdings die Überzeugung durch, dass eine grundlegendere Reform nötig sein würde, um den Anspruch einer modernen Verwaltung als Dienstleistungsbehörde für die Bürger erfüllen zu können. Dabei sollte den Kreisen weiterhin die zentrale Rolle auf kommunaler Ebene zufallen. Der Hessische Landkreistag formulierte z.B. im Jahre 1965 in einer Entschließung zum Finanzausgleich und der Ausgleichfunktion der Landkreise: „..., so unentbehrlich ist die Ausgleichsfunktion der Landkreise, ohne die bei den kreisangehörigen Gemeinden die Errichtung und Unterhaltung neuzeitlicher öffentlicher Einrichtungen undenkbar wäre.

Im Schuldorf Bergstraße sollte die Wechselwirkung von Schule und Demokratie durch die Bauten gefördert werden.

Datenverarbeitung sollte die praktische Arbeit vor Ort erleichtern.

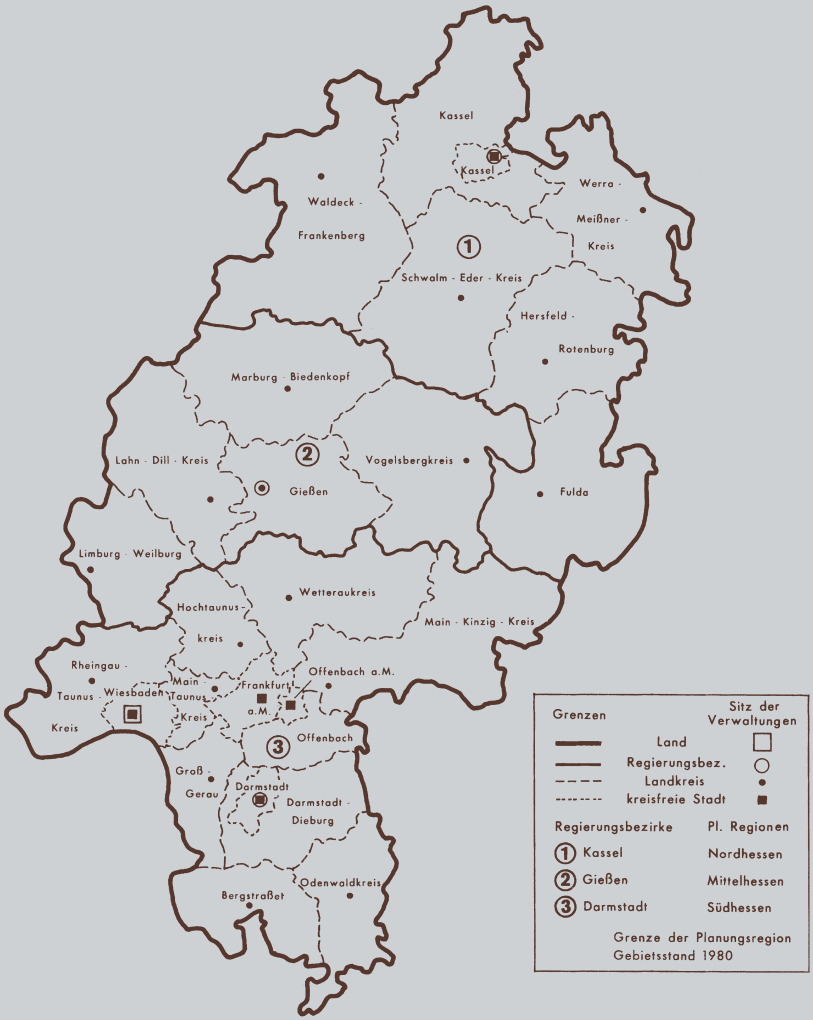
Hier sind die Landkreise die naturgegebenen Verwaltungsträger, um aus lebensnaher, heimatverbundener Kenntnis der Menschen wie des Raumes und aus der Vertrautheit mit der wirtschaftlichen und soziologischen Entwicklung sowie letztlich aus der Sach- und Fachkunde auf allen kommunalen Aufgabengebieten aus eigener Verwaltungskraft die mangelnde Leistungsfähigkeit auszugleichen."

Neuordnung. Mit diesem hohen Anspruch begegnete man auch der Gebiets- und Verwaltungsreform. 1968 wurde bei der Jahrestagung in Kirchhain/Stadt Allendorf festgestellt, dass die durchaus begrüßte Neuordnung der Verwaltung in den verschiedenen Bundesländern bisher zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen geführt habe. Man befürchtete, dass die bundeseinheitliche Durchführung von Staatsaufgaben dadurch gefährdet werden würde. Der Hessische Landkreistag nahm sich daher vor, für die Verwaltungsreform eigene Vorschläge zu entwickeln, wobei die Ergebnisse in anderen Bundesländern kritisch gewürdigt werden sollten. Und auch hier trat wieder die Rückbindung an die gegebenen Umstände vor Ort zu Tage: „Der Grundgedanke muss sein, dass im Interesse der Bürger die Verwaltungskraft gestärkt wird. Die völlig unterschiedlichen Bedingungen lassen eine Schematisierung nach Einwohnerzahl oder Flächengröße nicht zu."
Aber gerade eine gewisse Schematisierung erschien vielen mit der Verwaltung Beschäftigten – nicht unbedingt der gleiche Personenkreis wie der der in der Verwaltung Beschäftigten – für Planungen und Zielsetzungen notwendig. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung der kommunalen Gebietsreform voranging. Die Computerisierung der hessischen Verwaltung setzte im gleichen Jahr ein, in dem der „Große Hessenplan" verkündet wurde, 1965. Die etwas später eingerichteten Kommunalen Gebietsrechenzentren und die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung sollten die praktische Arbeit vor Ort erleichtern, die neue Technik musste jedoch beherrscht werden. Von den rund 2.700 Gemeinden in Hessen vor der Gebietsreform wurden viele ehrenamtlich verwaltet. Es war absehbar, dass sie mit den modernen Techniken nicht zurechtkommen würden.
Unter Ministerpräsident Zinn wurden die Reformen planerisch vorbereitet, Ministerpräsident Osswald setzte sie mit der seit 1970

regierenden SPD/FDP-Koalition um. Lange Jahre hatten die Oppositionsparteien in Hessen den Plänen und Programmen der SPD-Mehrheit nichts entgegenzusetzen. Das änderte sich erst, als CDU und FDP die Regierung mit Vorschlägen zur Verwaltungsreform in Zugzwang brachten. Der bekannteste Oppositionsvorschlag ist sicherlich der „Dregger-Plan" von 1965, der – vereinfacht ausgedrückt – eine Verwaltungsebene einsparen wollte, in dem Kleinstgemeinden in größeren Orten aufgehen sollten, die wiederum in Regionen (viel größer als Landkreise, kleiner als Regierungsbezirke) zusammenarbeiten sollten. Die FDP brachte ebenfalls eine Fülle von Initiativen in den Landtag ein, so dass sich mit ihr als Koalitionspartner ein gewisser Umsetzungsdruck aufbaute. Aus dieser Situation ergab sich allerdings auch die Tatsache, dass die Funktional- und Gebietsreform immer ein parteipolitisches Profilierungsfeld war und massiv in den Wahlkämpfen der 1970er Jahre genutzt wurde. Ein parteienübergreifender Konsens wie in Nordrhein-Westfalen war in Hessen nicht vorhanden.

Zum 1. August 1972 trat die erste Stufe der Gebietsreform in Kraft, zum 1. Januar und 1. Juli 1974 folgten die zweite und dritte Stufe, bis mit dem 1. Januar 1977 schließlich alle Vor-

Dr. Herbert Günther, geb. 13.03.1929 in Bergshausen, Kreis Kassel; promovierter Jurist. 1959 startete er seine Karriere als Referent im Hessischen Sozialministerium. Er wurde 1963 zum Landrat des Untertaunuskreises gewählt, wo er bis 1972 blieb. 1972–74 amtierte er als Landrat des neu geschaffenen Landkreises Kassel, in dieser Zeit war er auch Präsident des Hessischen Landkreistages. Auf Landesebene war er 1974–1987 Hessischer Minister der Justiz, 1974–1978 auch Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund und 1982–1984 zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Hessischen Ministers des Innern beauftragt. Er blieb dann bis 1991 als Abgeordneter im Hessischen Landtag, wo er 1987–1991 Vizepräsident gewesen war. 1991 wurde Dr. Günther erneut Innenminister. ■



Die Kreiseinteilung nach der Gebietsreform und der Zerschlagung von Lahn mit den drei Regierungsbezirken Kassel, Gießen und Darmstadt – unschwer erkennbar sind die Landkreise im Norden großflächiger als im Süden. ■

haben umgesetzt worden waren. Aus 39 Kreisen waren 21 geworden, drei bisher kreisfreie Städte (Fulda, Hanau und Marburg) waren eingekreist und 2.700 Gemeinden waren auf 437 verringert worden. Es gab allerdings noch ein Aufsehen erregendes Nachspiel. Nach nur 1 1/2 Jahren wurde die Stadt Lahn wieder aufgelöst. Der Antagonismus zwischen der alten Reichsstadt Wetzlar und der neueren Mittelpunktstadt Gießen war so stark, dass die hessische Landesregierung angesichts besorgniserregender Wahlergebnisse zum Rückzug blies.

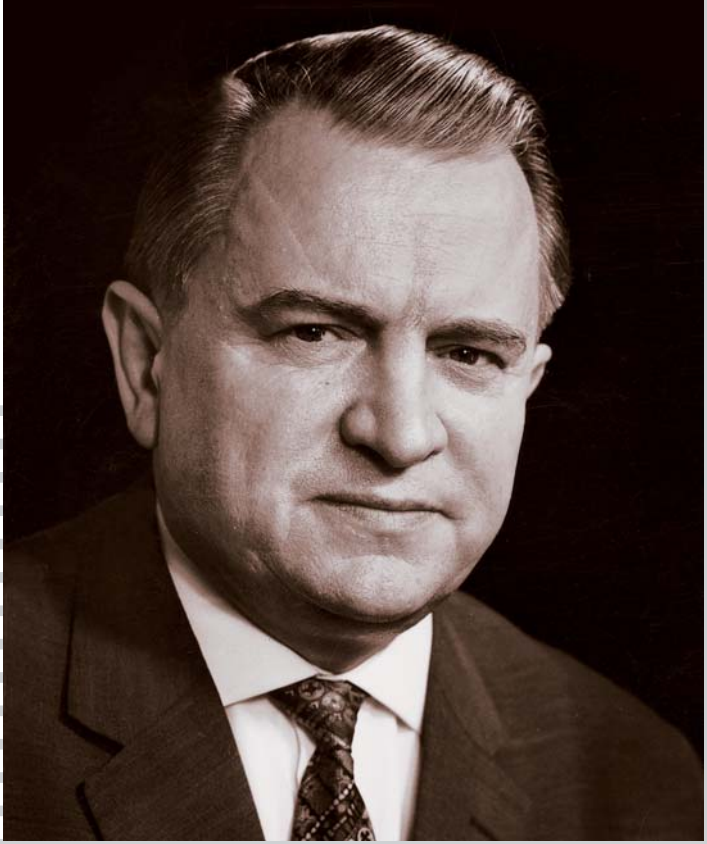
Selbstverständnis. Alle anderen Zusammenschlüsse blieben bestehen. Obwohl es auch in anderen neu gebildeten Einheitsgemeinden starke Antipathien zwischen den Stadtteilen gab. Die Hessentagsstadt von 1977 ist hierfür ein gutes Beispiel. Dreieich wurde zusammengesetzt aus zwei Städten (Sprendlingen und Dreieichenhain) und drei Gemeinden (Buchschlag, Götzenhain und Offenthal), wobei insbesondere Dreieichenhain mit seinen Stadtrechten aus dem Jahr 1256 auf eine lange Tradition und dementsprechendes Selbstbe-

wusstsein verweisen konnte. Wirtschaftlich stand es jedoch schon länger im Schatten Sprendlingens. Man tröstete sich mit der Geschichte und dem schöneren Aussehen dank vieler Fachwerkgebäude, einer gut erhaltenen Stadtmauer und einer beeindruckenden Burgruine. Der Hessentag diente in Dreieich nicht nur der Außenrepräsentation, sondern sollte auch das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Man stattete das mittlerweile üblich gewordenen Hessentagspärchen nicht mit einer Tracht aus, auf die sich die Stadtteile nie hätten einigen können. Stattdessen suchte man einen Ausdruck für die Modernität der neuen Kommune und fand sie in der Tatsache, dass damals ein Großteil der deutschen Jeansproduktion und Jeansdistribution in Dreieich (-Sprendlingen) stattfand. Das Hessentagspärchen im Jeansanzug blieb einmalig. Ob die integrative Kraft des Hessentags in Dreieich wirkte, ist schwer zu beurteilen. Bis heute bestehen die Stadtteilbewohner auf ihren Eigenheiten, aber die Zahl von Benennungen, die auf dem neuen Stadtnamen basieren, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Das Ende von Lahn versperrt den Blick darauf, dass mehr als 50 % aller Zusammenschlüsse in Hessen auf freiwilliger Basis zustande kamen. Insofern kann man zwar keine allgemeine Begeisterung konstatieren, aber doch eine recht hohe Akzeptanz. Die starke Verringerung von 2.700 kreisangehörigen Gemeinden auf 437 – Verwaltungswissenschaftler hatten die Zahl von 10.000 Einwohnern als nötig für eine ‚lebensfähige' Verwaltung bezeichnet – war allerdings mit Freiwilligkeit allein nicht herbeizuführen. Das Konzept der Einheitsgemeinde führte in der Regel zum Verlust des Gemeindeparlaments, des Bürgermeisters und sehr häufig auch des Ortsnamens. Das beeinflusste das Selbstverständnis der Einwohner stark. Ihre Identifizierung mit den neuen Kommunen war daher nicht unbedingt gegeben. Zwar blieben die städtebaulichen und sozialen Strukturen (Gebäude, Plätze, Vereine etc.) in den Stadtteilen erhalten, aber die Verwaltungsinfrastruktur änderte sich. Viele Einwohner mussten neue, oft weitere Wege zu den Ämtern nehmen.

Die Kreisreform stand lange im Schatten der Gemeindezusammenschlüsse. „Die Sachver-

Das neugebildete Dreieich stellte sich als moderne Kommune im Jeans-Outfit dar.



Gustav Hoffmann, geb. 12.08.1914 in Habighorst bei Celle, gest. 25.05.1982 in Erbach; Flugzeugtechniker. Nach Kriegsteilnahme und amerikanischer Gefangenschaft arbeitete er zunächst in der Sozialversicherung, bis er im Juli 1958 als Kreisamtmann bei der Kreisverwaltung Dieburg eintrat. Im März 1963 wurde der SPD-Mann zum Landrat des Kreises Erbach gewählt, der er bis 1979 blieb. Gustav Hoffmann stand dem Kreis auch während der Gebietsreform vor, als aus 92 Gemeinden 15 wurden. Es gelang ihm jedoch, die Selbständigkeit des Kreises, der in Kreis Odenwald umbenannt wurde, zu erhalten. Dieses Beharrungsvermögen könnte einer der Gründe dafür sein, warum er in seiner Zeit als Präsident des HLT 1975-1977 im dortigen Präsidium den Titel „Eiserner Gustav" erhielt. ■

ständigenkommission der hessischen Regierung zu den Landkreisen" sprach noch im Sommer 1969 keine Vorschläge für Zusammenlegungen oder Aufteilungen aus. Sie formulierte Grundsätze, die bei der territorialen Gliederung von Landkreisen zu beachten seien: Verwaltungskraft, Finanzkraft und Überschaubarkeit. Die Kommission stellte fest, dass die große Mehrheit der hessischen Kreise den Anforderungen gerecht werde, eine territoriale Neugliederung also nur in Einzelfällen nötig sei. Bei den freiwilligen Gemeindezusammenschlüssen wie bei den Planungen im hessischen Innenministerium wurde immer wieder über grenzüberschreitende Einheitsgemeinden nachgedacht. Eine Neuordnung der Kreise erschien daher erst sinnvoll, sobald klar war, welche Struktur die hessischen Gemeinden in Zukunft haben würden.

Der Hessische Landkreistag war in die Diskussion in Sachverständigenkreisen eingebunden. Er befand sich in keiner ganz einfachen Lage. Zum einen sollten die Kreise natürlich befähigt sein, ihre Aufgaben als kommunale Gebietskörperschaften und als staatliche Verwaltungsbezirke effizient, transparent und

erfolgreich auszuführen. Das könnte in manchen Fällen durchaus für Zusammenschlüsse sprechen. Zum anderen waren im Hessischen Landkreistag alle Landräte und Kreistage präsent. Und es war klar, dass durch eine Gebietsreform Ämter und Positionen überflüssig werden würden. In dieser Situation kam es 1970 zur sogenannten Trennung von Amt und Mandat. Kommunale Wahlbeamte durften künftig kein Landtagsmandat mehr innehaben. Einige Landräte verzichteten zu Gunsten der Landespolitik auf ihr Amt. Andere, viele aus der Generation der kurz nach dem Krieg Berufenen und Gewählten, standen kurz vor dem Ruhestand. So waren die Härten der Stellenverminderung etwas abgemildert.

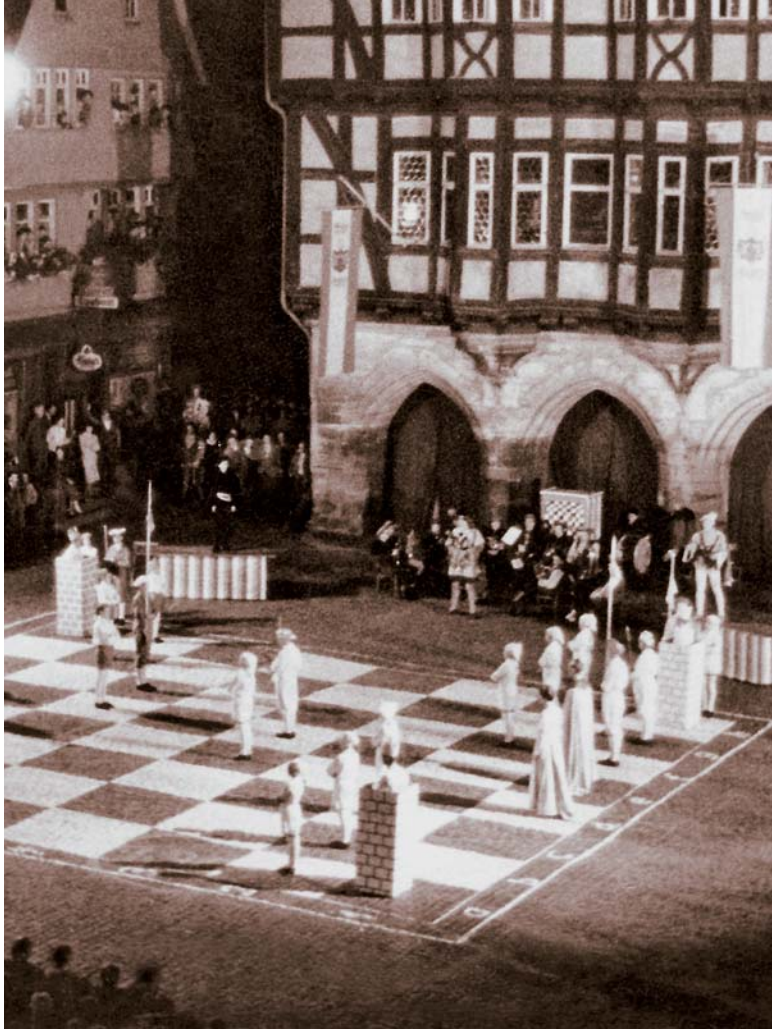
Etliche Zusammenlegungen und kleinere territoriale Veränderungen wurden von der Bevölkerung und vielen kommunalen Amtsträgern mit Unwillen begleitet. In der Regel war die Identifikation mit bestimmten Kreisen aber schwächer als dies bei den Heimatgemeinden der Fall war, lautstarker Protest dementsprechend auch seltener. Viele der neu gebildeten Kreise wählten geographische Benennungen als Namen, da diese für die Bürger akzeptabler waren. ■

Der Stand des Hessischen Landkreistags auf dem Hessentag 1978.

Vizepräsident (Kreistagsvorsitzender)	**Präsident** (Landrat)	**Vizepräsident** (Landrat)
Präsidium Präsident, 2 Vizepräsidenten, 2 Landräte und 2 Kreistagsabgeordnete		
erweitertes Präsidium Mitglieder des Präsidiums plus 3 Landräte und 3 Kreistagsabgeordnete		
Bezirksgruppen		**Mitgliederversammlung**

Nord	Mitte	Süd
Fulda	Gießen	Bergstraße
Hersfeld-Rotenburg	Hochtaunus	Darmstadt-Dieburg
Kassel	Lahn-Dill	Groß-Gerau
Marburg-Biedenkopf	Limburg-Weilburg	Odenwald
Schwalm-Eder	Main-Kinzig	Offenbach
Waldeck-Frankenberg	Main-Taunus	Vogelsberg
Werra-Meißner	Rheingau-Taunus	Wetterau

Die Organisation des Hessischen Landkreistags nach der Kreisreform



In den Jahrzehnten seit 1945 wurden die Landkreise vor immer neue Aufgaben gestellt; manche davon waren den Zeitumständen geschuldet, manche Ergebnis politischer Entscheidungen. Der Hessische Landkreistag musste jeweils Möglichkeiten finden, die Interessen seiner Mitglieder angemessen zu vertreten. Dafür war es nötig, neue Themenfelder inhaltlich zu erschließen. Innerhalb des HLT wurden dementsprechend Fachausschüsse gebildet.

Begrüßung philippinischer Krankenschwestern 1966 (Foto links).

Nächtliches Schachspiel beim 1. Hessentag 1961.

Der Bauausschuss, der Planungsausschuss und der Gesundheitsausschuss gehörten dazu. Manche Landräte brachten ihr Engagement und ihre Kenntnisse sehr erfolgreich in diese Gremien ein. Gute Beispiele dafür sind Landrat August Franke und Landrat Eitel Oskar Höhne, die aufgrund ihrer Erfahrungen in den HLT-Ausschüssen nacheinander kooptierte Präsidiumsmitglieder im Deutschen Landkreistag wurden.

Lebenschancen. An Landrat Franke lassen sich bestimmte Entwicklungen der hessischen Kommunalpolitik gut darstellen. In seine Amtszeit als ehrenamtlicher Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Haldorf (1945-1960) fiel der Bau des ersten hessischen Dorfgemeinschaftshauses. Es war die Zeit der Zinnschen Sozial- und Wirtschaftspolitik, die auf ein Angleichen der Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land sowie zwischen Alt- und Neubürgern abzielte. Gleiche Lebens- und Bildungschancen wurden angestrebt, ohne dass dafür eine völlige Einebnung von Unterschieden nötig erschien. Die Dorfgemeinschaftshäuser, die Hessentage und später auch die Bürgerhäuser waren als Orte sozialen Miteinanders konzipiert, die ein kollektives Gemeinschaftserlebnis ermöglichen sollten, um eine gemeinsame Hessenidentität zu schaffen.

August Franke war 1960 bis 1974 Landrat des Kreises Fritzlar-Homberg und setzt in dieser Phase die SPD-Regulierungspolitik um. Planung und ordnende Eingriffe des Staates sollten die Zukunft seiner Bürger positiv beeinflussen. Diese Überzeugung stand auch, wie beschrieben, hinter der Gebietsreform. Landrat

Dr. Karl Rehrmann, geb. 10.03.1914 in Marburg, gest. 05.10.2000; Jurist. Sein Studium wurde durch Arbeits- und Militärdienstpflicht unterbrochen, die Promotion konnte er 1941 nur während eines Fronturlaubs erlangen. Nach Entlassung aus französischer Kriegsgefangenschaft im Juni 1947 arbeitete er als Geschäftsführer, bis er zum 1. Juni 1948 wieder in den Hessischen Staatsdienst aufgenommen wurde. Er trat der CDU bei. 1954 wurde er zum Landrat des Dillkreises gewählt. Mit zwei Wiederwahlen, der Wahl zum Landrat des Lahn-Dill-Kreises und dem Amt als Staatsbeauftragter Landrat für den selben Kreis amtierte Dr. Rehrmann mehr als 27 Jahre. In den letzten vier Amtsjahren, 1977-81, war er zugleich Präsident des Hessischen Landkreistags. ■

Franke amtierte noch zehn Jahre lang als Landrat des neu gebildeten Kreises Schwalm-Eder (1974–1984). Er erlebte in dieser Zeit den weiteren Ausbau der Sozialpolitik, insbesondere im Gesundheitswesen, erfuhr aber auch den Bruch der Fortschrittsgläubigkeit, die gerade Hessen für Jahrzehnte geprägt hatte.

In der Regierung Osswald führte Sozialminister Dr. Horst Schmidt den Ausbau der medizinischen Versorgung fort. Seit den 1960er Jahren wurde massiv in den Krankenhausbau auf Kreisebene investiert. Die von Schmidt geförderten klassenlosen „Hessenkliniken" stellten bald ein Viertel aller Krankenhausbetten. Die damaligen Vorstellungen einer optimalen internen Organisationsstruktur, an denen sich die neu erbauten großen Kliniken orientierten, und das gleichzeitige Aufstocken der Bettenkapazitäten führten zu einem großen Mangel an Pflegepersonal. Da Hessen mit einer Arbeitslosigkeit um zwei Prozent Vollbeschäftigung melden konnte und nach der völligen Abriegelung der deutsch-deutschen Grenze

Der Ausbau der medizinischen Versorgung wurde fortgeführt.

auch keine Pendler aus Thüringen oder Flüchtlinge aus der DDR zur Verfügung standen, griff man zu Werbemaßnahmen im Ausland. 1966 wurden die ersten philippinischen Krankenschwestern nach Hessen eingeflogen.

„Gastarbeiter". Schon seit 1955 hatte Deutschland Abkommen für die Einreise von ausländischen Arbeitskräften, zumeist südeuropäischen, abgeschlossen. Die „Gastarbeiter" waren willkommen, da sie in Bereichen Stellen besetzten, für die sich keine deutschen Arbeitnehmer finden ließen. Nach anfänglich geringen Zahlen erhöhte sich der Zuzug mit dem steigenden Bedarf. Als diese Entwicklung mit der Ölkrise brach, standen die Kommunen vor einer völlig neuen Herausforderung. Keiner hatte ursprünglich angenommen, dass die ausländischen Arbeitskräfte in Deutschland bleiben würden. Viele der „Gastarbeiter" hatten anfänglich in Massenunterkünften gehaust und alle Ersparnisse in die Heimat überwiesen. Im Laufe der Jahre waren jedoch immer mehr Familienmitglieder nachgezogen und hatten sich vor Ort eingerichtet. Der Rückkehrwunsch in die Herkunftsländer ließ in dem Maße nach, wie die eigenen Kinder und später auch die Enkel in Deutschland heimisch wurden. So kam es zwar zu einem allgemeinen Zuzugsstopp, aber nicht zu einer massiven Abwanderung angesichts der nun steigenden Arbeitslosenzahlen. Lange gab es dennoch keine koordinierte Integrationspolitik, die meisten erfolgreichen Maßnahmen in dieser Hinsicht wurden vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Kreisen entwickelt. Hier waren besonders die Sozialämter gefordert, da ja die Sozialhilfe seit 1970 Selbstverwaltungsangelegenheit der Kreise war. Mit dem konjunkturellen Abschwung mussten sich zudem die Arbeitsämter mit Problemen wie mangelnden Sprachkenntnissen und andersartigen Berufsqualifikationen beschäftigen.

Der Finanzbedarf für die genannten Aufgabengebiete Krankenhausbau und Sozialfürsorge stieg an, als gleichzeitig Steuereinnahmen ein-

Kreiskrankenhaus Obertaunus 1966, Nachsorgeklinik Ziegenhain (oben).

Pro- und Kontrademonstrationen zur Atomkraft waren in den 1970er und 1980er Jahren häufig.

brachen. Noch dazu waren es nicht die einzigen Kostentreiber: Schulen (hier vor allem die Sanierung von Schulbauten), Altenheime, das Verkehrswesen und die Abfallbeseitigung sollten ebenfalls den modernen Ansprüchen angepasst werden. So waren Grundsteinlegungen, Richtfeste und Einweihungen in den 1970er Jahren trotz erster wirtschaftlicher Schwierigkeiten noch ein alltägliches Bild in Hessen. Mit der Energiekrise und dem Ölpreisschock gerieten weitere Aufgabengebiete in den Blickpunkt. Die Regierung Börner, seit 1986 im Amt, legte denn auch ein besonderes Gewicht auf die Arbeitsplatz- und Energiesicherung.

Umweltprobleme. Das Kernkraftwerk Biblis wurde 1974 in Betrieb genommen und erschien vielen als richtige Antwort auf die Energiekrise, die durch die Erkenntnis der Endlichkeit der Ölvorräte und die gezielte Beeinflussung des Ölpreises durch die Förderländer ausgelöst worden war. Gleichzeitig gab es jedoch erhebliche Zweifel an der Sicherheit der Kernkraftwerke und an der langfristig ungefährlichen Lagerung ihres strahlenden Abfallmaterials. Die Auseinandersetzungen wurden in Medien, Parlamenten und auf der Straße ausgetragen. Es gab Demonstrationen für und gegen die Kernkraft. Im Endeffekt ließ sich weder ein zweites Kernkraftwerk noch eine Wiederaufbereitungsanlage in Hessen realisieren. Für alle in die Diskussion involvierten Landkreise war es eine ausgesprochen anstrengende Zeit. Die Thematik erforderte Fachkenntnisse, um die mögliche Gefährdung gegen den potenziellen Nutzen (Investitionen, Gewerbesteuereinnahmen, Arbeitsplätze) abwiegen zu können. Sicherung der Umwelt gegen Erhalt oder Ausbau von Arbeitsplätzen entwickelte sich zum ständigen Motiv bei allen umweltpolitischen Auseinandersetzungen. Dazu gehörten in Hessen die Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens, Straßenbauprojekte wie der „Damm" im Taunus und die Schließung der Autobahnlücke im Osten Frankfurts, die Sicherheit der Fabriken Alkem

Das Kernkraftwerk Biblis in der Ausbaustufe mit den Reaktoren A und B.

und Nukem in Hanau-Wolfsgarten sowie die vielen kommunalen Konflikte um Abfalldeponien und den Schadstoffausstoß von Produktionsanlagen.

Dass die Natur gefährdet ist, dass eventuell die Umweltbedingungen sich so verschlechtern könnten, dass das Überleben der Menschheit in Frage gestellt ist, war ein Großthema der 1970er und frühen 1980er Jahre. Seit 1970 beschäftigte sich in Hessen eine interministerielle Kommission mit Problemen der Luft-, Wasser- und Bodenverunreinigung. Vieles war in kurzer Zeit augenfällig geworden – Flüsse, in denen nicht mehr gebadet werden konnte und aus denen viele Fischarten und Schalentiere verschwunden waren, die Zunahme von Atemwegserkrankungen durch Luftverunreinigungen, die Rückführung von Lungenkrebs auf Asbestpartikel etc. Dazu verliehen Aussagen von bekannten und auch anerkannten Wissenschaftlern, die Publikation des „Club of Rome" zum Zustand der Erde und der Schock der Katastrophe von Tschernobyl der Umwelt-

Werbung der rot-grünen Landesregierung für ihren 1995 getroffenen Entschluss, „ausstiegsorientiert" mit der Atomkraft zu verfahren.

Erarbeitung von Vorschlägen und Stellungnahmen war ein Hauptarbeitsfeld des HLT.

frage existenzielle Wucht. Es ist daher nicht erstaunlich, dass sich in diesem Umfeld eine spezifische Schöpfungstheologie entwickelte. Insbesondere Vertreter der evangelischen Kirche engagierten sich auf Seiten derjenigen, die sich als Umweltschützer verstanden. So mancher Landrat sah sich von Pfarrern in Frage gestellt. Größere Durchschlagskraft als deren Initiativen entwickelte die Partei „Die Grünen". Hervorgegangen aus mehreren ökologisch orientierten Initiativen etablierte sich diese Partei in Hessen bald als vierte Kraft. In Kommunalparlamenten, aber auch in die Kreistage zogen die Grünen-Kandidaten recht schnell ein. In Kassel wurde 1981 die erste rot-grüne Koalition unter dem damaligen Oberbürgermeister Hans Eichel gebildet. Die Grünen konnten sich in der Zeit der Minderheitsregierung Holger Börners profilieren, wobei sie gleichzeitig einen innerparteilichen Konsolidierungsprozess durchliefen; von der Fundamentalopposition zur Regierungsbeteiligung in etwas mehr als drei Jahren war ein rasanter Prozess.

Der ausgeprägte Wille zum Gestalten hatte sich schon in den lokalen Umweltkonflikten gezeigt. Viele der ökologisch interessierten Bürger und der Parteimitglieder der Grünen hatten sich in recht kurzer Zeit in schwierige wissenschaftliche Zusammenhänge eingearbeitet. Das war keine Klientel, die einfach nur dagegen war. Insofern gingen manche Erwartungshaltungen und Zuschreibungen aus etablierten Parteien und der Verwaltung an der Realität vorbei. Die kommunalen Verwaltungen sahen sich mit Einsprüchen und Anforderungen konfrontiert, die zur Beantwortung ein enormes Sachwissen erforderten. So hat sich in den den Städten, Gemeinden und Kreisen ein Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge entwickelt, die heute von (fast) niemandem mehr in Zweifel gezogen werden. Sehr deutlich wird das an der Abfallwirtschaft. Vom einfachen Abladen von Haus- und Industriemüll auf abgelegenen Grundstücken bis zur Abfuhr von getrenntem Müll, dessen Weiterverarbeitung sowie die Deponierung bzw. Verbrennung des nichtverwertbaren Rests war ein weiter Weg, der, in einer längerfristigen Perspektive betrachtet, aufgrund des Austauschs zwischen Umweltaktivisten, Wissenschaft, Wirtschaft, Parteien und Verwaltung in erstaunlich kurzer Zeit bewältigt wurde. Schwierig und vor allem kostenintensiv war allerdings die Sanierung von Altdeponien. Sie

hatten großen Anteil bei den Problemen des Wasserschutzes, der wiederum das Thema Abwasserreinigung betraf. Die Zusammenarbeit innerhalb des Landkreistags und die Erarbeitung von Vorschlägen und Stellungnahmen war daher ein Hauptarbeitsfeld der Beratungsgremien und der Geschäftsstelle des HLT in den 1980er Jahren.

Aufgabenkatalog. Der Hessische Landkreistag verhielt sich dabei nicht einfach reaktiv. Mit der Formulierung von „Erwartungen und Forderungen des Hessischen Landkreistags an die Landesregierung und den Landtag" zu jeder Legislaturperiode wird bis heute versucht, wichtige kommunalpolitische Themen in die Diskussion einzubringen und Erfahrungswissen mitzuteilen. Viele der in diesen Aufgabenkatalogen angesprochenen Punkte beziehen sich auf eine intensivere Beteiligung an Entscheidungsprozessen und eine ausreichende Finanzausstattung für die Aufgabenbereiche der Kreise. Das macht nur zu deutlich, dass die Vorstellung eines vorausplanenden, fürsorglichen hessischen Staates seit 1973/74 durch die finanziellen Möglichkeiten beschnitten worden ist. ■

Georg Wuermeling, geb. 1930 in Berlin, gestorben 28.08.1989 in Gießen; Jurist. 1963–1974 Stadtdirektor in Werne (Westfalen), 1975–1989 Landrat des Kreises Limburg-Weilburg, Präsident des Hessischen Landkreistags 1981–1985. Georg Wuermeling erwarb sich hohes Ansehen für sein Bemühen, die beiden Kreisteile Limburg und Oberlahn einander nahe zu bringen. So schaffte er es auch, 1986 im Amt bestätigt zu werden, obwohl seine Partei, die CDU, im Kreistag in der Minderheit war. Zwei Abgeordnete der SPD-Grünen-Koalition stimmten für ihn. Allerdings wurde er nach der Kreistagswahl 1989 dann doch von einer rot-grünen Mehrheit abgewählt. Kurz vor seinem unerwarteten Tod hatte er die Präsidentschaft des Hessischen Heimatbundes übernommen. ■

Der Kreistag des Landkreises Fulda erhebt einmütig flammenden Protest gegen die Zwangskollektivierung der bäuerlichen Betriebe in der Sowjetzone. Als Zonengrenzkreis fühlen wir ganz besonders mit unseren Brüdern jenseits des Stacheldrahtes. Wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß auch ihnen wieder einmal die Sonne der Freiheit leuchte.

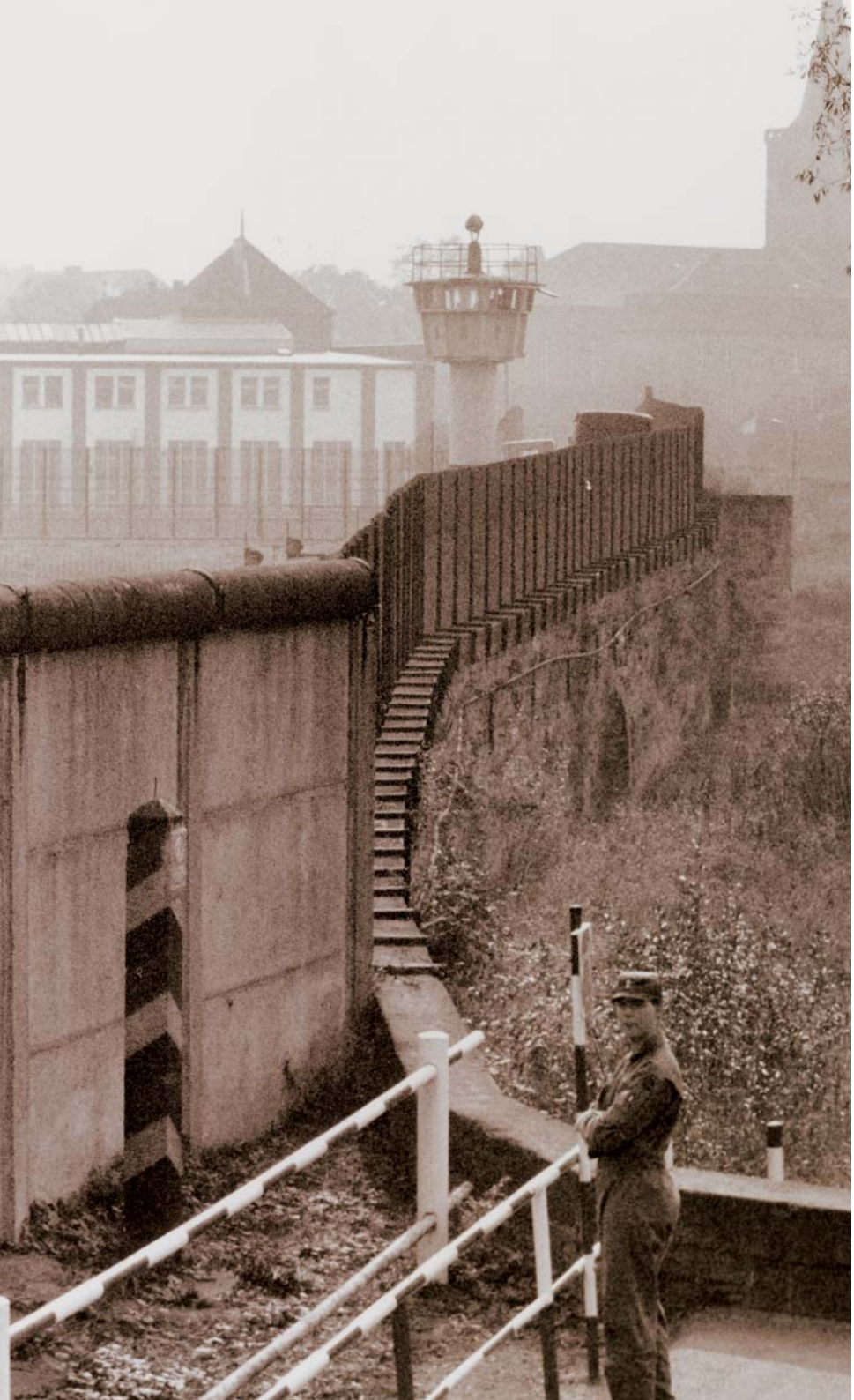
Im Namen aller Fraktionen
ges.: Dr. Böhm
Kreistagsvorsitzender

F.d.R.
Kreisinspektor.

Protestschreiben des Landkreises Fulda, 1960.

Der hessische Ministerpräsident Karl Geiler versuchte, der Spaltung entgegenzuwirken. Er war im Januar 1946 der erste westdeutsche Regierungschef, der ein Land der sowjetisch besetzten Zone besuchte. Mit der ideologischen Aufladung zwischen Ost und West verringerten sich die Kontaktmöglichkeiten, das galt für politische, wirtschaftliche und private Treffen. Das Land Hessen und auch der Bund bemühten sich um Kompensation für das ökonomisch besonders betroffene Zonenrandgebiet. Ministerpräsident Zinn engagierte sich persönlich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Ansiedlung von Industrieunternehmen und eine Verbreiterung der Zahl der mittelständischen Betriebe durch eine gezielte Förderung der Unternehmungen ehemaliger Flüchtlinge und Vertriebener.

Auf kommunaler Ebene behielt man die ehemaligen Nachbarn, soweit möglich, im Auge. Noch immer gab es ja briefliche und auch persönliche Kontakte. So nahm der Landkreis Fulda 1960 zur Zwangskollektivierung in der DDR Stellung: „Der Kreistag des Landkreises Fulda erhebt einmütig flammenden Protest gegen die Zwangskollektivierung der bäuerlichen Betriebe in der Sowjetzone. Als Zonengrenzkreis fühlen wir ganz besonders mit unseren Brüdern jenseits des Stacheldrahtes. Wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß auch ihnen wieder einmal die Sonne der Freiheit leuchte." An diesen wenigen Sätzen fällt neben dem zeitgenössischen Sprachgebrauch, der nur Brüder kannte, vor allem auf: Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde durch die Bezeichnung „Sowjetzone" negiert und im letzten Satz der Erklärung wird das westliche Grundmotiv des Ost-West-Konflikts aufgenommen. Während der kapitalistische Westen



Im landwirtschaftlich geprägten Nord- und Osthessen wirkte die Zonengrenze, vor allem nach der Abriegelung 1952, als Wachstumsbremse. Das wirtschaftliche Zentrum Kassel verlor wichtige Absatzgebiete. Bis 1945 waren die Kontakte zwischen Hessen und Thüringen eng gewesen, viele Verkehrswege verbanden die beiden Länder. Nach Kriegsende wurde es zunehmend schwierig, die Verbindung aufrecht zu erhalten.

Grenze bei Philippsthal/Vacha, 1988.

Willi Eiermann, geb. 08.06.1925 in Pfungstadt, gest. 15.02.2002. Er besuchte die Reichsfinanzschule in Meersburg, bis er Ende 1942 zum Arbeits- und danach zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft übernahm er die Leitung der Stadtkasse Pfungstadt. 1961 wechselte er nach Nordhessen zum Landeswohlfahrtsverband Hessen, wo er 20 Jahre lang in leitender Stellung tätig war. Willi Eiermann war schon in Pfungstadt für die SPD kommunalpolitisch aktiv gewesen. 1964 wurde er erstmals zum Vorsitzenden der Niedervellmarer Gemeindevertretung gewählt. 1970 zog er in den Kreistag Kassel ein. 1981 wurde er zum Landrat gewählt und blieb es bis 1991. 1985 bis 1991 amtierte er außerdem als Präsident des Hessischen Landkreistages. ■

die Freiheit im Propagandakrieg mit dem Osten vertrat, beschwor dieser den Frieden, der nur mit dem Sozialismus zu erreichen sei.

Der beschriebene Kontakt war konfrontativer Natur war. Er richtete sich gegen das System. Solidarität mit den Betroffenen konnte nicht gelebt werden. Anders war das mit Beziehungen nach West-Berlin. So konnte der Berliner Bezirk Reinickendorf seit der Nachkriegszeit Kinder zur Erholung in den Vogelsberg schikken. Die Verbindung zum Kreis und der Stadt Lauterbach war daher eng und ist der Grund für die Benennung einer Schule in Reinickendorf als Lauterbach-Schule in den 1960er Jahren.

Mit den Erleichterungen im Reiseverkehr, besonders mit der Möglichkeit in Grenzkreisen Tagesvisa relativ einfach zu erhalten, konnten manche Kontakte wieder aufgefrischt werden, die in den Jahrzehnten zuvor eingeschlafen waren. Doch gleichzeitig waren immer weniger Deutsche davon überzeugt, dass in absehbarer Zeit eine Wiedervereinigung möglich sei. Das

Fahrt des HLT in die DDR unter Leitung der Ehrenpräsidenten Dr. Karl Rehrmann und Georg Wuermeling, 1984.

hielt das Präsidium und die Geschäftsführung des Hessischen Landkreistages nicht davon ab, im März 1984 nach Thüringen zu fahren und sich selbst ein Bild zu machen. Die hermetisch abgeriegelte Grenze, auch in ländlichen Gebieten, und die etablierte Gesellschaftsordnung in der DDR vermittelten wenig Hoffnung auf baldige Änderung.

Ausreisewellen. Im Herbst 1989 hatte sich die Situation geändert. Mit Montagsdemonstrationen und vielen, meist jungen Menschen, die über die Deutschen Botschaften in Warschau, Prag und Budapest aus der DDR ausreisen wollten, wurde deutlich, wie unzufrieden große Teile der Bevölkerung mit ihrer Lebenssituation waren. Die Ausreisewellen über Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen stellten auch die hessischen Landkreise vor neue Aufgaben. Allein im September 1989 waren innerhalb weniger Tage 1.700 DDR-Flüchtlinge über Ungarn nach Hessen gekommen, von denen die Hälfte bei Verwandten und Freunden Unterkunft fand. Bis zum 9. November 1989 waren bereits 26.000 DDR-Bürger in Hessen untergebracht. In Gießen befand sich die zentrale Aufnahmestelle des Landes, die auf die Aufnahme und vorübergehende Unterbringung von jährlich 10.000 bis 30.000 Übersiedlern eingestellt war. Der sprunghafte Anstieg von Aussiedlern aus dem Ostblock im Jahr 1988 hatte die Kapazitäten schon erschöpft. Man hatte Hotels, Pensionen und andere größere Privathäuser zusätzlich anmieten müssen.

Mit dem Einsetzen der Ausreisewelle aus der DDR mussten daher die die Städte, Gemeinden und Kreise einspringen. Als erste Notmaßnahme wurde über die Unterbringung in Schulturnhallen nachgedacht. Der Schwalm-Eder-Kreis stellte Mitte November den kreiseigenen Jugendhof „Hoher Knüll" für Übersiedler zur Verfügung. Außerdem wurden Sicherheitsbedenken zurückgestellt und Unterbringungskapazitäten in Kasernen eingeplant,

Mit dem Einsetzen der Ausreisewelle mussten die Städte, Gemeinden und Kreise einspringen.

Öffnung des Grenzübergangs Heringen und Dankmarshausen am 18.11.1989.

Eröffnung der wiederhergestellten Verkehrsverbindung zwischen Unterbreizbach und Philippsthal am 30.06.1990.

wo obendrein Außenstellen der Verwaltung der Zentralen Aufnahmestelle Gießen eröffnet wurden. Im Schwalm-Eder-Kreis wurden diese Außenstellen zwischenzeitlich in Schwarzenborn, Fritzlar und Schwalmstadt eingerichtet. In der Kaserne in Schwarzenborn wurden vom 9. bis zum 15. November 1989 2.303 Übersiedler aus der DDR auf dem Wege der Notaufnahme registriert und weitergeleitet. In den Tagen dazwischen hatten Einrichtungen der Bundeswehr, der Kreisverband Schwalm-Eder des Deutschen Roten Kreuzes, die evangelische Kirche und die Gemeinde Frielendorf konkrete Hilfe vor Ort geleistet: Verpflegung, Kleiderspenden und Kinderbetreuung konnten so schnell und unbürokratisch den angekommenen Männern, Frauen und Kindern vermittelt werden.

Sehr schnell reagierte auch die hessische Landesregierung auf den vermuteten Bedarf auf der anderen Seite des nun offenen Zaunes. Bereits Anfang Dezember 1989 bewilligte der Landtag das „Aktionsprogramm Hessen-Thüringen", das 250 Millionen Mark bereitstellte. Innerhalb von fünf Jahren sollten damit Projekte im Bereich Gesundheit, Umwelt-

schutz, Verkehrsinfrastruktur und Denkmalpflege gefördert werden. Außerdem sollte der Aufbau kleinerer Unternehmen mit Zuschüssen unterstützt werden. Neben der materiellen Hilfe wurde Know-how vermittelt, indem „Aufbauhelfer" aus der Verwaltung und anderen staatlichen Dienststellen zu ihren Gegenübern in Thüringen abgeordnet wurden. Direkt an die Bürger beider Länder wandte sich das „Hessen-Büro", das 1990 in Erfurt als Anlaufstelle eingerichtet wurde.

Partnerschaften. Kooperationen gab es auch auf der Ebene der der Städte, Gemeinden und Kreise. Rat und Unterstützung wurden angeboten, um die für die Bildung eines Landes der Bundesrepublik Deutschland nötigen Institutionen, Ämter und Behörden aufzubauen. Aus diesen vielfältigen Kontakten ergaben sich enge Beziehungen zwischen Gemeinden der beiden Bundesländer Hessen und Thüringen, die im Jahr 2000 in einen ersten Staatsvertrag über kommunale Kooperationen mündeten. Es entstanden Kreis-, Städte- und Gemeindepartnerschaften; Lehrpersonal aus Thüringen wurde in Zeiten der hessischen Lehrerknapp-

Gerhard Bökel, geb. 30.06.1946 in Sontra-Hornel; Jurist. Als Student wie als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Gießen arbeitete er freiberuflich als Journalist. Er war 1978-1985 und erneut 1999-2008 SPD-Abgeordneter im Hessischen Landtag. Seit 2003 ist er zudem wieder als Anwalt tätig. 1985 wurde Gerhard Bökel zum Landrat des Lahn-Dill-Kreises gewählt und blieb es bis 1994. In den Jahren 1991-1994 war er Präsident des Hessischen Landkreistages. Unter Ministerpräsident Hans Eichel amtierte Gerhard Bökel 1994-1999 als hessischer Innenminister. 2001-2003 war er Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender der hessischen SPD. Bei der hessischen Landtagswahl 2003 trat er als Spitzenkandidat der SPD gegen Ministerpräsident Roland Koch an. ■

Die Verkehrsinfrastruktur hatte sich auseinander entwickelt.

heit an hessische Schulen geholt und gegenseitige Konsultationen sowie gemeinsame Kabinettsitzungen sind üblich geworden.

Emotionen und Realitäten. In den ersten Monaten nach der Maueröffnung standen jedoch für die meisten Bürger Hessens und Thüringens verwaltungstechnische Fragen eher weniger im Zentrum des Interesses. Die große emotionale Erschütterung, der Freudenausbruch über die Grenzöffnung ebbte langsam ab. In den ersten Wochen gab es nicht nur direkt an der Grenze, sondern auch weit im Hinterland Szenen der spontanen Hilfeleistung und direkten Zuwendung. Liegengebliebene Trabants mit leeren Tanks mussten mit einer Zweitaktermischung wieder flott gemacht werden, die es im Westen nicht an jeder Tankstelle gab. Verirrte DDR-Bürger und neugierige BRD-Bürger fanden Aufnahme im jeweils anderen Teil Deutschlands. Und allen, die in Grenznähe lebten, sind Einkaufstouren von DDR-Bürgern in Erinnerung. Die bundesrepublikanische Wirtschaft erlebte eine Sonderkonjunktur. Die Hersteller von Waschmaschinen und anderen Haushaltsgegenständen hatten zwischenzeitlich Schwierigkeiten, den Bedarf zu decken.

Andere Entwicklungen aus 40 Jahren getrennter Geschichte waren und sind schwieriger zu überwinden. So konnte z.B. der Wirtschaftsraum Kassel nicht einfach an die Situation von vor 1945 anknüpfen. Die Verkehrsinfrastruktur hatte sich auseinander entwickelt, auch die jeweiligen wirtschaftlichen Bezugssysteme folgten neuen Referenzmustern. Die DDR-Wirtschaft war völlig in das System des Warschauer Paktes integriert worden. Der Ablösungsprozess von den dortigen Lieferanten und Abnehmern, der sich zwangsläufig aus dem Zusammenbruch des politischen Systems ergab, war tiefgreifend und konnte nicht einfach durch eine Hinwendung zum Westen kompensiert werden.

Die Erwartung einer schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse erfüllte sich nicht. Vorrangig waren Infrastrukturmaßnahmen zu bewältigen, die eine Verschränkung der Le-

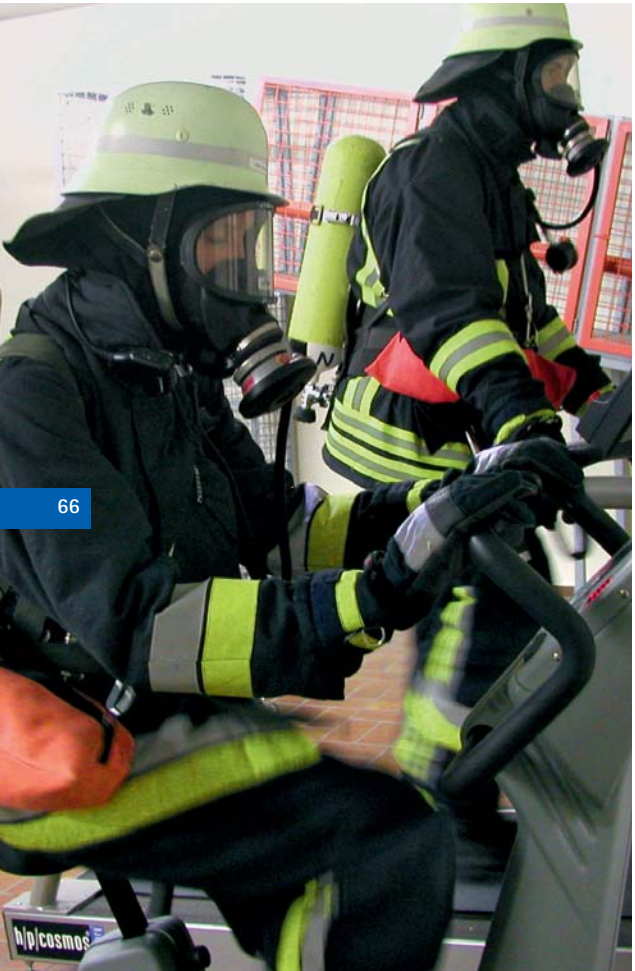
bens- und Arbeitsbedingungen von Hessen und Thüringern überhaupt erst ermöglichen konnten. Dazu gehörten auch Investitionen in Bereiche, die von den Bürgern oft erst in Krisenmomenten wahrgenommen werden. Die Verbesserung der Abfallentsorgung, der Aufbau von modernen Klärwerken und die Sicherung der Trinkwasserversorgung erforderten enorme Finanzmittel. Dadurch wurde z.B. recht zügig die Gefahr gebannt, dass die salzigen Abwässer der DDR-Bergbauindustrie über die Werra und die Weser die Ostsee irreparabel schädigten; eine Gefahr, die im Sommer 1989 noch sehr real erschien.

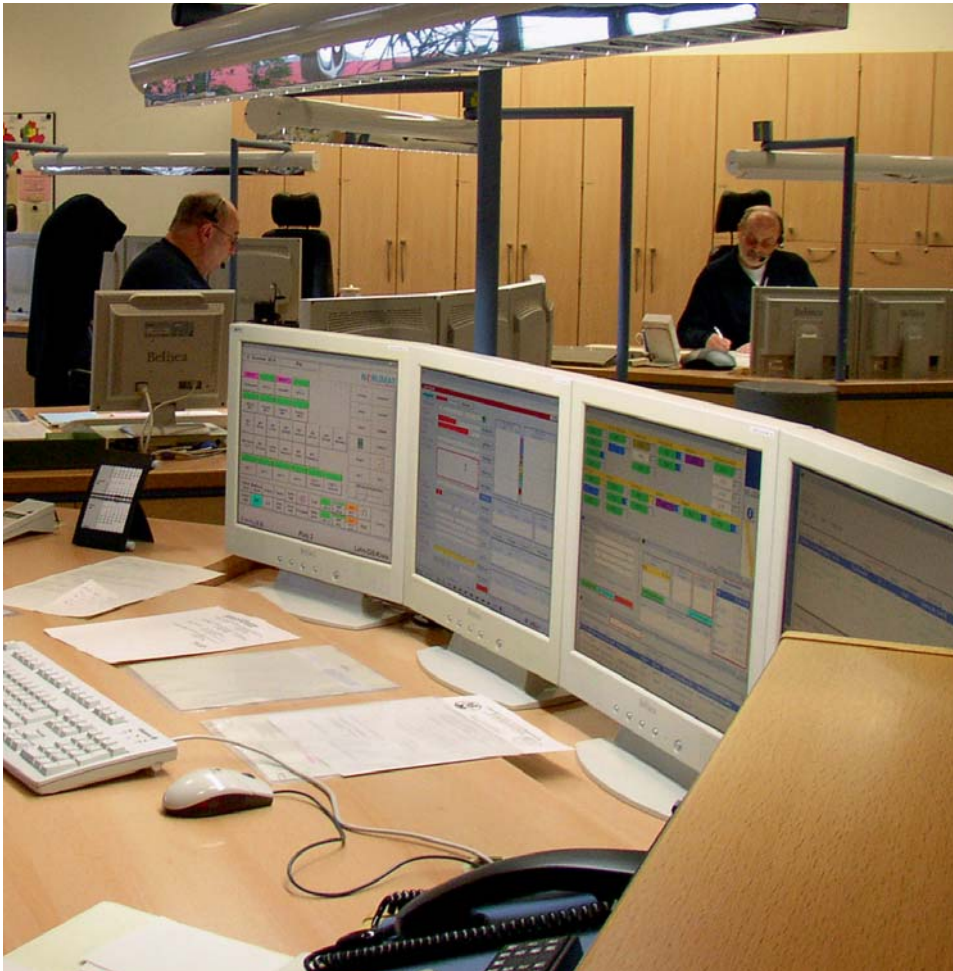
Der Hessische Landkreistag war in den Monaten und Jahren nach der Maueröffnung erneut als Austauschforum der Landkreise gefordert. So wie in den 1960er Jahren Städte, Gemeinden und Kreise sich an den HLT wandten, wenn sie Partnerschaften mit Teilen Westberlins, mit ostdeutschen, mit mittel- und osteuropäischen Bezirken und Kommunen anstrebten, so wirkte der HLT 1989/90 als Verteiler von Informationen und Erfahrungsberichten. ■

Der Bahnhof Bebra erlebte 1989/90 einen Boom durch Einkaufswillige aus der DDR.

Die Parkplätze in Bad Hersfeld waren nach der Grenzöffnung fest in Hand von Trabbis und Wartburgs.

Die Begeisterung über das wiedervereinigte Deutschland wurde im In- wie im Ausland nicht von allen geteilt. Die Bundesrepublik musste ein neues Selbstverständnis finden. Die Ängste vor erneuerten Großmachtgelüsten verstummten allerdings recht bald angesichts der innenpolitischen Probleme Deutschlands. Die Stimmung und die Sonderkonjunktur der Wiedervereinigung hatten für kurze Zeit den bestehenden Reformbedarf überdeckt.





Der HLT und die Finanzkrise

In den 1980er Jahren waren die Folgekosten der „Wohlstandspolitik" Westdeutschlands deutlich geworden. Die Betriebskosten öffentlicher Gebäude explodierten. Gestiegene Energiepreise machten die Schwachstellen von Betongebäuden mit Flachdach deutlich – Isolierung und Wärmedämmung waren meist unzureichend. Außerdem waren beim Bau in den 1950er bis 1970er Jahren häufig Materialien verwendet worden, die zwar schwer entflammbar, aber nach aktuellem Wissen gesundheitsschädlich waren. Die Sanierung von asbestverseuchten Schulen und Kindergärten war neben den logistischen Herausforderungen, die sie an die Städte, Gemeinden und Kreise stellte, ein enormes finanzielles Problem.

Die kommunalen Träger sahen sich in einer Zwickmühle: Zum einen waren die Ansprüche gestiegen. Das geschärfte ökologische und Sicherheitsbewusstsein hob die Standards, was im Endeffekt höhere Kosten bedeutete. Zum anderen gab es einen starken Einbruch bei den Einnahmen. Wirtschaftsflaute und Beschäftigtenrückgang ließen die Steuereinnahmen – über deren gerechte Verteilung zwischen Kommunen, Länder und dem Bund angesichts der Aufgaben sowieso keine Einigkeit herrschte – sinken. Steuererhöhungen z.B. auf dem Gewerbesteuersektor konnten kontraproduktive Effekte haben. Unternehmen drohten mit der Abwanderung, falls sie steuerlich zu stark beansprucht würden.

Sanierungsfall Gesamtschule Homberg, 2000 – Landrat Rudolf Marx mit dem jetzigen Schuldezernenten Hanns Michael Diening.

Fotos, linke Seite: Der Lahn-Dill-Kreis investierte z.B. in eine neue Atemschutzübungsstrecke (links) und in ein Gefahrenabwehrzentrum.

Die kommunale Ebene bringt ihr lokales Erfahrungswissen in die Beratung von Arbeitslosen ein.

Die Zeit der Einsparrunden begann, zuerst im Sachetat. So wurden im Bildungsbereich Mittel gekürzt, was z.B. in den Universitäten dazu führte, dass sich nicht nur die Lehr- und Lernsituation, sondern auch die Forschungsbedingungen verschlechterten. Einige Jahre später wurde dann über den „brain drain", die Abwanderung von klugen Köpfen (= vielversprechende Wissenschaftler) in andere Staaten geklagt. Es folgte die Zeit des „out-sourcing", die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, und der internen Budgetierung in der Verwaltung. Schließlich wurden auch direkt Personalmittel eingespart: entweder durch Massenfrühverrentungen wie im Post- und Bahnbereich oder durch das langsame Abschmelzen von Arbeitsplätzen, indem freigewordene Stellen nicht mehr besetzt wurden.

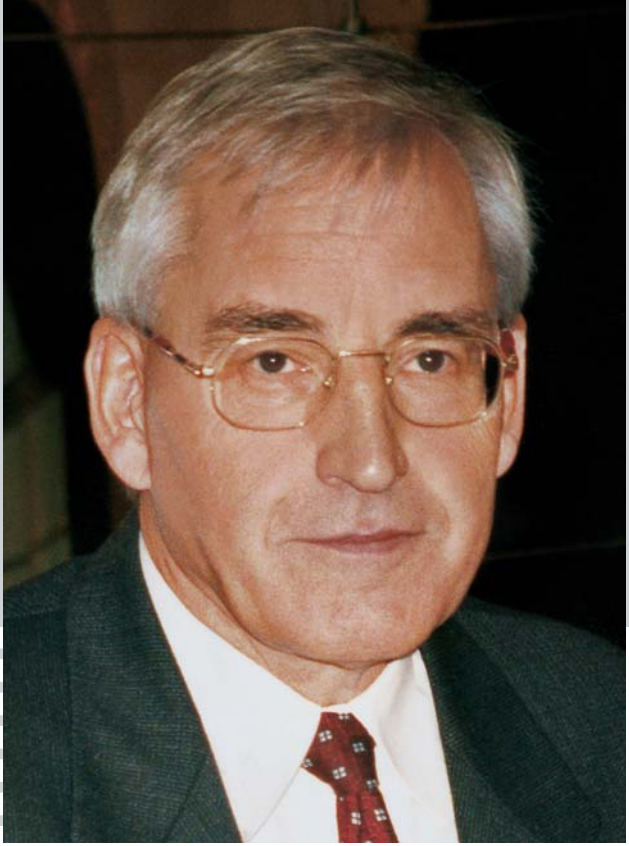
Ähnliche Entwicklungen und Abläufe gab es auch in der privaten Wirtschaft. Nach und nach wurden daher alle Bereiche kommunaler Aufgabenstellung einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen. Dabei gerieten Institutionen in den Blick, die für viele Bürger wichtige Elemente ihrer Lebensqualität ausmachten, aber nicht zur Daseinsvorsorge nötig waren. Die meisten Einrichtungen aus den Bereichen Kultur, wie Bürgerhäuser, Theater, Musikhäuser, und Sport, wie Schwimmbäder, Eisbahnen, Turnhallen, waren (und sind) nicht selbst tragend. Die Einnahmen decken bei weitem nicht die Ausgaben.

Reformstau. Mit den aufgelaufenen strukturellen Defiziten und einer hohen Verschuldung auf jeder staatlichen Ebene war es Städten, Gemeinden und Kreisen nicht mehr möglich, alle einmal entwickelten Angebote aufrechtzuerhalten. Das Abwägen, welche Bürgerhäuser erhalten oder geschlossen werden, lässt in manchen Einheitsgemeinden die Konflikte aus den Gebietsreformjahren wieder aufleben. Das ist aber eine recht neue Entwicklung. Lange wurde eher ein Beibehalten um jeden Preis praktiziert.

Die völlig geänderte Situation Ende 1989 wurde in keinem Teil Deutschlands für eine gründliche Analyse genutzt, was bei einer Wiedervereinigung erhaltens- und was änderungswürdig ist. Aufgrund der Dynamik des Prozesses kam es zu einer Eingliederung Ostdeutschlands in das bestehende bundesrepublikanische System. Die intensiven Diskussionen um den „Grünen Pfeil" für das Rechts-

abbiegen an roten Ampeln oder die um die Ampelmännchen selbst lassen sich als Auseinandersetzungen um einen - wenigsten symbolischen - ostdeutschen Beitrag verstehen.
Im Westen Deutschlands hatte sich angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs in der Öffentlichkeit die Erkenntnis durchgesetzt, dass zumindest das Sozialsystem grundlegend reformiert werden müsste. Renten- und Gesundheitsreform, aber auch Veränderungen in der Arbeitslosenversicherung wurden heftig diskutiert. Da die Ansätze fast immer ein „weniger bei mehr" - also in den Augen der Betroffenen weniger Leistung bei gleichzeitig steigenden Beiträgen - vorsahen, und daher höchst unpopulär waren, konnte von durchgreifenden Maßnahmen keine Rede sein. Mit der Wiedervereinigung wurden 17 Millionen DDR-Bürger in das bundesdeutsche Sozialsystem aufgenommen. Das schnelle Ansteigen der Arbeitslosenzahlen machte alle Hoffnungen zunichte, dass die im Vergleich zur Alterstruktur in der alten Bundesrepublik etwas jüngeren Ostdeutschen den Sozialversicherungen einen positiven Schub geben würden. Die Tatsache der Massenarbeitslosigkeit in den meisten Regionen der neuen Bundesländer

Dr. Dietrich Kaßmann, geb. 15.03.1940 in Münster/Westfalen; Jurist, promovierte im Arbeitsrecht. 1969-1981 war er Beamter im Hessischen Sozialministerium, zuletzt als Ministerialrat stellvertretender Abteilungsleiter. 1972-1985 engagierte er sich als Stadtverordneter (SPD), später auch als ehrenamtlicher Stadtrat in Wiesbaden. 1981 wurde Dr. Kaßmann zum Beigeordneten des Hessischen Landkreistages und 1985 zum Landrat des Kreises Bergstraße gewählt. Als Landrat hatte er in seiner 12-jährigen Amtszeit zahlreiche ehrenamtliche Funktionen inne, darunter auch das Präsidentenamt des HLT 1994-1997. Seit seiner Verabschiedung auf eigenen Wunsch im Jahr 1997 ist er Rechtsanwalt in Bürogemeinschaft in einer Anwaltskanzlei. ■



Jürgen Hasheider, geb. 21.01.1938 in Herford; Ingenieur mit Ausbildung im höheren technischen Verwaltungsdienst. Nachdem er im Wasser- und Schifffahrtsverwaltungsbereich gearbeitet hatte, war er 1971–1973 in Herford und 1973–1978 in Bad Hersfeld als Baurat angestellt. Danach wirkte er sechs Jahre lang als Beigeordneter in Solingen. 1984 übernahm das SPD-Mitglied für drei Wahlperioden das Amt des Landrats im Schwalm-Eder-Kreis. Seit 1985 engagierte er sich in Ausschüssen und ab 1992 im Präsidium des Hessischen Landkreistags, dem er 1997–2002 als Präsident vorstand. Sein persönliches Engagement gilt der Natur: Er ist seit 1986 Vorstandsmitglied in der Naturlandstiftung und war 1993–1999 Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. ■

verstärkte ganz im Gegenteil die schon bestehenden Probleme. Kommunen und Kreise auch im Westen Deutschlands wurden von der Entwicklung massiv betroffen. Die Ausgaben für Sozialhilfe, Wohngeld usw. stiegen rasant an und ließen die sowieso schon angespannte Finanzsituation dramatisch werden.

Keine der staatlichen Ebenen sah Spielraum für Umverteilungen von Steuereinnahmen zu ihren Ungunsten. Mit der Wiedervereinigung waren zudem massive Kosten außenpolitischer Natur entstanden: So hatte die Bundesrepublik hohe Zahlungsverpflichtungen innerhalb der EU übernommen, um kleinere Nationen zu beruhigen oder deren Zustimmung in Sachfragen zu erreichen. Der Abzug der sowjetrussischen Truppen aus der DDR wurde durch Milliardenbeträge für die Eingliederung der Militärangehörigen und ihrer Familien in die sowjetische, bald nur noch russische Gesellschaft erreicht. Deutschland erklärte sich bereit, mehrere Städte für die Rückkehrer zu errichten. Dazu kamen auch noch die Kosten für die Dekontaminierung von ehemaligen Stützpunkten der Sowjetarmee in Ostdeutschland. Mit der Wiedervereinigung wurde an Deutschland immer öfter herangetragen, dass es sich an Militäraktionen der NATO oder der Vereinigten Nationen beteiligen sollte. Für eine Weile wur-

den stattdessen logistische Hilfsdienste im Hintergrund und vor allem finanzielle Beteiligungen für den anschließenden Wiederaufbau geleistet. Mit dem endgültigen Friedensvertrag zwischen den beiden Deutschlands und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs begann auch das „Aufräumen" der Kriegsereignisse. Deutsche Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, insbesondere die Themen Zwangs- und Sklavenarbeit, wurden noch einmal aktuell. Eine Welle von Klagen mit Entschädigungsforderungen rollte an. Der Bund sah insofern selbst großen Finanzbedarf.

Kernforderungen. Der Hessische Landkreistag entwickelte in dieser Situation eine zweigleisige Strategie. Zum einen wurden konsequent die Abstimmung zwischen den Landkreisen und die Informationsflüsse zwischen Geschäftsstelle und Kreisen ausgebaut. Zum anderen wurde das Instrument der „Kernforderungen des Hessischen Landkreistags an Landtag und Landesregierung" für die jeweiligen Wahlperioden sowie die gezielte Lancierung von Reformvorhaben weiterentwickelt. So werden die Kernforderungen nunmehr mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund abgestimmt, um ihnen eine

Die jüdischen Gemeinden Hessens und die hessische Landesregierung unterzeichnen 1986 einen Staatsvertrag.

Der Deutsche Landkreistag trifft sich 2001 zur Tagung im Schwalm-Eder-Kreis – Besuch des Klosters Haydau.

Jahrestagung des HLT 2007, Präsidium und Geschäftsführung (links). Grundsteinlegung für die Umbaumaßnahmen an der ehemaligen Staatskanzlei (rechts).

noch größere Wirkung zu verleihen. Und der Hessische Landkreistag ging mit einem Vorschlag für einen umfassenden Reformprozess der staatlichen und kommunalen Verfassung ins 21. Jahrhundert.

Finanzausstattung. Ziel war die Kommunalisierung der bisherigen staatlichen Abteilung auf Kreisebene. Das Konzept wollte die Zweigleisigkeit der Verwaltung auf Kreisebene mit der kommunalen Verwaltung unter Lenkung durch den Kreisausschuss einerseits und der Behörde "Landrat, untere staatliche Behörde der Landesverwaltung" andererseits aufheben. Die Aufgaben auf kommunaler Ebene sollten von kommunalen Bediensteten erledigt werden. Ein kleiner Kernbereich staatlicher Aufgaben (wie Ausländerrecht und Kommunalaufsicht) sollte zur Mittelinstanz, den Regierungspräsidenten, kommen.

Jede Aufgabenneuverteilung wird auch die Finanzierung thematisieren müssen. In den „Kernforderungen" zur 16. Wahlperiode wurde es von den kommunalen Spitzenverbänden folgendermaßen zusammengefasst: „Die Finanzen stehen dabei nicht zufällig an erster Stelle. Nur wenn die Finanzkraft der Kommunen nachhaltig verbessert und verstetigt wird, nur wenn die Kommunen im Verhältnis zu Bund und Land eine spürbare Verbesserung ihrer Finanzausstattung erfahren werden, können sie ihre Aufgaben in Zukunft noch lösen."

In diesen „Kernforderungen" betonen die kommunalen Spitzenverbände auch, dass sie sich nicht als Lobbyisten sehen, sondern sich dem Gemeinwohl und den Bürgerinteressen verpflichtet fühlen. Dieses Verständnis seines Auftrags hat den Hessischen Landkreistag motiviert, wiederholt die Aufhebung der „Trennung von Amt und Mandat" aus dem Jahr 1970 zu fordern. Es bleibt eine Aufgabe für den HLT, Wege zu suchen, wie die örtlichen Bedingungen und Besonderheiten mit den allgemeinen kommunalen Aufgaben und Interessen

Der HLT sieht sich dem Gemeinwohl und den Bürgerinteressen verpflichtet.

verbunden werden können. Ein wichtiger Teil der Arbeit ist, diese Erkenntnisse über geeignete Medien den politisch Verantwortlichen zu vermitteln, wie auch die Bürgerinnen und Bürger in den Diskussionsprozess einzubinden.
Die Entscheidung, das alte Haus der Landkreise aufzugeben, und nach der Verlegung der Staatskanzlei, das bisher von dieser genutzte Gebäude zu übernehmen, ist ein augenfälliges Zeichen für den Willen, die kommunalen Belange in die Landespolitik einzubringen. Dass es gelungen ist, zusammen mit dem Hessischen Städtetag und der GVV-Kommunalversicherung das Gebäude mit dem ihm verbundenen Neubau zu beziehen, verstärkt die Präsenz und die Aufmerksamkeit, nutzt Synergien und kurze Wege und symbolisiert mit seiner Verbindung aus Alt- und Neubau, Stuck und moderner Einrichtung die beiden Pole, die es zu verbinden gilt: Bewahrung von Bewährtem und Erneuerung von Unzeitgemäßem auf der kommunalen Ebene. ■

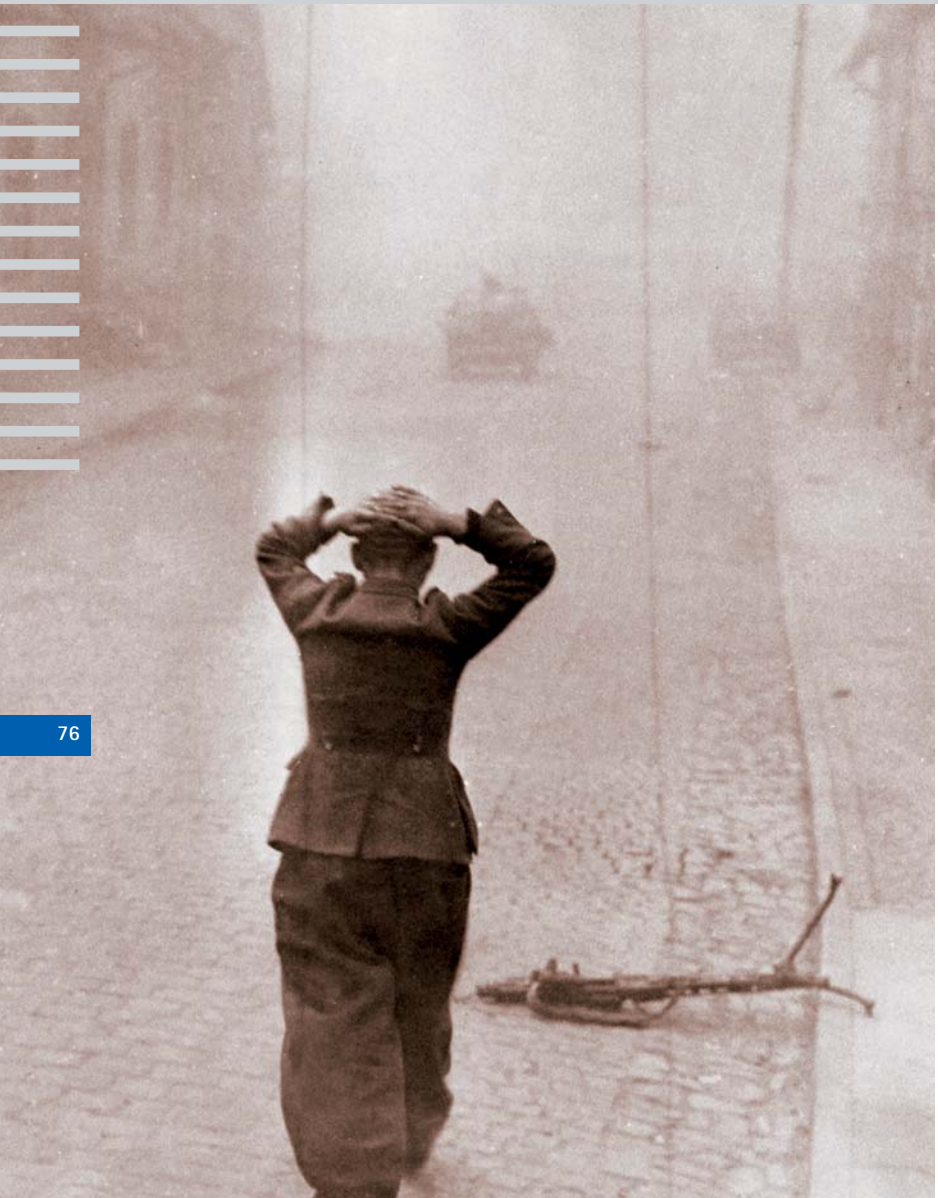
Alfred Jakoubek (SPD), geb. 11.08.1950; Diplom-Verwaltungswirt. Er engagierte sich früh in der Kommunalpolitik. Seit 1972 nimmt er hier vielfältige ehren- und hauptamtliche Tätigkeiten wahr. So war er in Roßdorf 1972-1982 Gemeindevertreter und von 1982 bis 1997 hauptamtlicher Bürgermeister. Seit Oktober 1997 ist Alfred Jakoubek Landrat des Kreises Darmstadt-Dieburg, seit 2002 zugleich Präsident des Hessischen Landkreistages und seit 2003 Vizepräsident des Deutschen Landkreistages. Er profilierte sich als Bürgermeister in verschiedenen Gremien des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Als Landrat ist er zudem in zahlreichen Verbänden und Aufsichts- und Verwaltungsgremien insbesondere im Bereich der Abfallverwertung und Verkehrspolitik sowie dem Sparkassenwesen tätig. ■

T-59-991
WSBX

Chronologie

Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches war das Kriegsziel der Alliierten.

Chronologie seit 1945



08.05.1945 bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches

05.06.1945 Bekanntmachung zur „Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten"

24.06.1945 Direktive der US-Militärregierung sieht Aufbau zweier hessischer Länder vor: Hessen-Nassau und Hessen

01.08.1945 Erstausgabe der 1. lizenzierten Zeitung in der amerikanischen Zone, der „Frankfurter Rundschau"

02.08.1945 Potsdamer Abkommen – die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen wiederhergestellt. Parteien werden wieder zugelassen

30.08.1945 Proklamation Nr. 1: die vier Siegermächte üben in ihren Besatzungszonen alle Hoheitsbefugnisse aus

14.09.1945 Erste Börsensitzung in Frankfurt

19.09.1945 Bildung des Landes Groß-Hessen durch Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung

16.10.1945 1. hessisches Kabinett mit Vertretern aller Parteien. Der parteilose Jurist Karl Geiler fungiert als Ministerpräsident

30.10.1945 Gründung der „Arbeitsgemeinschaft kurhessischer Kreise" in Kassel

Kinderreihenuntersuchung.

22.11.1945 Hessisches Staatsgrundgesetz wird erlassen

21.12.1945 Erlass der „Großhessischen Gemeindeordnung"

16.01.1946 Bildung der „Arbeitsgemeinschaft der Großhessischen Landkreise" (ALK) durch alle 39 hessischen Kreise in Gießen unter Vorsitz von Landrat Heinrich Treibert, Ziegenhain

21.01.1946 Erlass der Kreisordnung

30.01.1946 1. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Großhessischer Landkreise in Marburg

20.01. und 27.01.1946 1. Gemeindewahlen in Hessen in Orten mit bis zu 20.000 Einwohnern, hohe Wahlbeteiligung von fast 85%

Feb. 1946 Bildung eines paritätisch besetzten Beratenden Landesausschusses

04.02.1946 Ankunft der ersten Transporte mit Vertriebenen aus der ČSSR

05.03.1946 Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

28.04.1946 1. Landkreiswahlen

26.05.1946 1. Wahl in kreisfreien Städten

07.06.1946 Erstes Entnazifizierungsverfahren vor der Spruchkammer Darmstadt

30.06.1946 Wahl der verfassungsberatenden Landesversammlung - 90 Mandate, nur vier werden von Frauen eingenommen

25.08.1946 Beginn der Care-Paket-Aktion

01.12.1946 1. Landtagswahlen, zugleich Abstimmung über die Landesverfassung und Volksentscheid zu Artikel 41 - Wahlbeteiligung 73,2%. Bildung einer großen Koalition unter Ministerpräsident Christian Stock (SPD)

02.12.1946 Abkommen zwischen Briten und Amerikanern zur Bildung der Bizone

04.12.1946 Umbenennung des Landes von Groß-Hessen zu Hessen

17.12.1946 10. Tagung des Arbeitsausschusses des ALK in Fulda - Namensänderung in Arbeitsgemeinschaft Hessischer Landkreise (ALK)

19.12.1946 Konstituierende Sitzung des ersten gewählten Landtags des Landes Hessen

19.01.1947 Wahl des ersten jüdischen Gemeinderates in Frankfurt

10.02.1947 Gründung des Deutschen Landkreistages (DLT) in Höchst am Main. Geschäftsstelle des DLT und des HLT in Ziegenhain

25.02.1947 Auflösung des Staates Preußen - Kontrollratsgesetz Nr. 46

23.03.1947 Erste Präsidialsitzung des DLT in Ziegenhain, erster Präsident wird Landrat Heinrich Treibert

Darmstadt in Trümmern.

Die Menschen hungerten auch nach Informationen.

Jugendprogramm der US-Army.

21.05.1947 Erste Hauptsitzung des DLT auf der Gleiburg bei Gießen

09.02.1948 Proklamation Nr. 7 - Frankreich nähert sich Großbritannien und USA an, die Trizone wird gebildet

23.02.–07.06.1948 Londoner Sechs-Mächte-Konferenz – Sowjets verlassen den Alliierten Kontrollrat, weil die Konferenz ein föderales Regierungssystem anregt

01.03.1948 Errichtung der Bank deutscher Länder (ab 1. August 1957 Bundesbank) in Frankfurt

18.05.1948 Jahrhundertfeier der Paulskirchenversammlung

20.06.1948 Währungsreform und Einführung der D-Mark

26.06.1948 Beginn der Luftbrücke zur Versorgung der Westsektoren Berlins, die von der Sowjetunion abgeriegelt worden waren

01.07.1948 „Frankfurter Dokumente" werden von den drei westlichen Siegermächten im IG Farben-Haus den Ministerpräsidenten ihrer Besatzungszonen übergeben. Auftrag: eine Verfassung zu entwickeln und die Ländergrenzen zu überprüfen

05.07.1948 Ministerpräsidenten der westlichen Länder empfehlen in den „Koblenzer Beschlüssen" die Einrichtung eines „Parlamentarischen Rats" mit der Aufgabe, ein „Grundgesetz" einzusetzen

11.09.1948 25. Tagung des Arbeitsausschusses des ALK in Lauterbach
Wahl von Landrat Bachmann zum neuen Vorsitzenden

14.09.1948 Erlass über die Schülermitverwaltung – Maßnahme zur demokratischen Bildung in der Schule

21.10.1948 Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Landkreise in Groß-Umstadt: Umbennenung zu Hessischer Landkreistag (HLT)

29.10.1948 Verlegung der Geschäftsstelle von Ziegenhain ins Landratsamt Biedenkopf

02.01.1949 Beginn der Geschäftstätigkeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt

28.01.1949 Gründung des Hessischen Rundfunks

02.02.1949 Verordnung – Gesundheitsämter werden Kreiseinrichtungen

23.05.1949 Erlass, Ratifizierung in den Landtagen und Inkrafttreten des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland"

25.05.1949 10. Mitgliederversammlung des HLT in Fulda: Annahme der neuen Satzung (einstimmig)

08.08.1949 Lastenausgleichsgesetz, das Kriegssachgeschädigten, Flüchtlingen und Vertriebenen Leistungen zusprach

14.08.1949 1. Bundestagswahl

18.09.1949 1. Buchmesse nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankfurt

21.09.1949 Inkrafttreten des Besatzungsstatuts – die Hoheitsrechte der Militärgouverneure enden, den nun amtierenden „Hohen Kommissaren" der Westmächte verbleiben begrenzte Kontrollrechte

03.11.1949 Wahl Bonns zur Bundeshauptstadt

11.11.1950 Hessisches Fischereigesetz – Landräte sind Untere Fischereibehörde

19.11.1950 absolute Mehrheit der SPD bei den Landtagswahlen

14.12.1950 Wahl Georg August Zinns (SPD) zum Ministerpräsidenten

06.03.1951 Hohe Kommissare verzichten auf manche Vetorechte

19.04.1951 1. Internationale Automobilausstellung (IAA) nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankfurt

1952 Abriegelung der Zonengrenze durch die DDR

03.04.1952 Verabschiedung des Programms zur sozialen Aufrüstung des Dorfes durch den Landtag

25.06.1952 Erklärung der Regionen an der Zonengrenze zum Notstandsgebiet mit dem Ziel besonderer Fördermaßnahmen

11.05.1953 Mitgliederversammlung des HLT in Jugenheim: Beschluss Geschäftsstelle von Biedenkopf nach Wiesbaden zu verlegen, Annahme einer neuen Satzung nach intensiver Diskussion

19.05.1953 Beginn des Fernsehprogramms des Hessischen Rundfunks

Mai 1954 Einweihung des Schuldorfes Bergstraße

28.11.1954 3. Landtagswahl, Verlust der absoluten Mehrheit für die SPD, Koalition von SPD mit GB/BHE

1955 Hessen wird zum Geberland im Länderfinanzausgleich

29.03.1955 bei der Neuwahl des Präsidiums werden zwei gleichberechtigte Präsidenten gewählt: Wink, Darmstadt (SPD) und Schücking, Lauterbach (CDU)

15.07.1955 Eröffnung der ersten documenta in Kassel

19.03.1956 Mitgliederversammlung des HLT in Bad Homburg, erneut heftige Diskussionen über die Satzung - Neuwahl des Präsidenten und der Stellvertreter nach einem Urteil des Landgerichts Wiesbaden

26.05.1956 Deutschland- oder Generalvertrag: Besatzungsstatut wird aufgehoben

10.07.1956 Einweihung des Frankfurter Kreuzes

1957 Bau des „Hauses der Landkreise" in Wiesbaden

01.04.1957 Beginn des Regionalfernsehens des Hessischen Rundfunks

10.09.1957 Errichtung des ersten Naturschutzparks in Hessen im Landschaftsschutzgebiet Hoher Vogelsberg

Arnold Bode, documenta 1955.

Schacht Falkenstein.

Werbung für die Hessenpläne.

Landrat Dr. Stieler.

Oberhessenschau, 1966.

Diskussion um Rahmenrichtlinien 1972.

02.10.1958 Ankunft von Elvis Presley als Soldat der 3. US-Armee

23.04.1959 Jahrestagung des Hessischen Landkreistags – Ministerpräsident Dr. Zinn spricht über „Notwendigkeit und Wege einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit"

24.04.1959 Einweihung des Neubaus der Deutschen Bibliothek in Frankfurt

23.06.1960 Bundesbaugesetz – Bauaufsicht bei Kreisverwaltung

28.06.1961 Schulverwaltungsgesetz – Kreise werden Träger der öffentlichen Schulen (1985 werden die staatlichen Schulämter wieder aus der Landratsbehörde ausgegliedert)

30.06.1961 Eröffnung des 1. Hessentags in Alsfeld

01.10.1961 Bundesleistungsgesetz – Landräte sind Anforderungsbehörde

Nov. 1961 Vereidigung der Frankfurter CDU-Politikerin Elisabeth Schwarzhaupt zur 1. Bundesministerin

04.07.1962 Hessisches Landesplanungsgesetz – Kreise als Träger der Regionalplanung

09.10.1962 Hessisches Straßengesetz - Landkreise verantwortlich für Kreisstraßen einschließlich der Ortsumgehungen

11.11.1962 absolute Mehrheit für die SPD bei den Landtagswahlen

20.12.1962 Beginn des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt am Main

01.04.1963 Beginn des Sendebetriebs des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) in Eschborn

1964 ZDF zieht nach Wiesbaden in die Filmstudios „Unter den Eichen" um (bis 1984)

28.04.1965 Vorlage des Großen Hessenplans – erstes umfassendes Entwicklungsprogramm eines Bundeslandes für Wirtschaft, Verkehr und Kultur

06.11.1966 erneut absolute Mehrheit für die SPD, Einzug der rechtsradikalen NPD in den hessischen Landtag

ab 1967 „Studentenrevolte" – Studenten verstehen sich als „außerparlamentarische Opposition" (APO) und fordern Universitätsreformen und gesellschaftliche Veränderungen. Die Universität Frankfurt ist eines der Zentren, auch Marburg gilt als stark politisiert

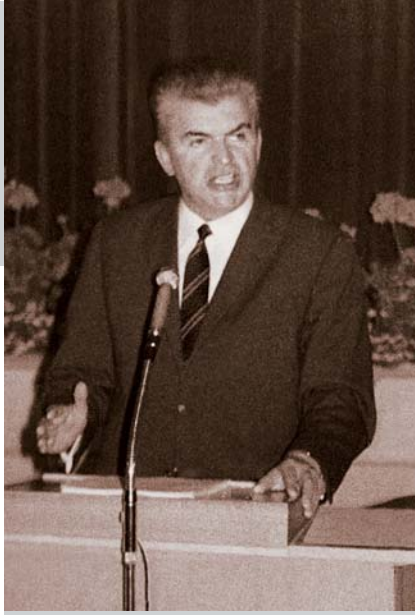
08.09.1967 Einweihung des Europäischen Datenzentrums für Weltraumforschung (ESDAC) in Darmstadt

03.10.1967 Wahl von Albert Osswald (SPD) zum Ministerpräsidenten, Georg August Zinn trat krankheitsbedingt zurück

05.06.1968 Jahrestagung des Hessischen Landkreistags in Kirchhain mit Beratung der geplanten Territorial-, Funktional- und Finanzreform. Mahnung bei der Gebietsreform sorgsam mit Identifikationen der Bevölkerung umzugehen

16.12.1969 Hessisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit

Ministerpräsident Osswald.



15.04.1970 Landung des 1. Jumbo Jets auf dem Frankfurter Flughafen

01.07.1970 Neufassung des Landesplanungsgesetzes – Die Kreise werden bei der Aufstellung der regionalen Raumordnungspläne und am Landesentwicklungsplan beteiligt

09.07.1970 Präsentation des Programms „Hessen '80" durch Ministerpräsident Osswald

16.09.1970 Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz – Sozialhilfe ist Selbstverwaltungsangelegenheit der Kreise

19.09.1970 erste Hausbesetzung im Frankfurter Westend

15.10.1970 Brandschutzhilfeleistungsgesetz – die Kreise übernehmen den überörtlichen Brandschutz und müssen einen Kreisbrandinspektor anstellen

13.07.1971 Hessisches Abfallgesetz – verpflichtet die Kreise zur Errichtung von Abfallanlagen und -einrichtungen

20.10.1971 Aufnahme des Lehrbetriebs an der Gesamthochschule Kassel

26.01.1972 Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung – Landräte als Behörden der Landesverwaltung sind allgemeine Polizeibehörde und Polizeiaufsichtsbehörde

11.05.1972 Anschlag der RAF auf das US-Hauptquartier in Frankfurt am Main

21.06.1972 Genehmigung einer Giftmülldeponie im Kalibergwerk Herfa-Neurode; erste europäische Untertagedeponie für giftige Industrieabfälle

01.08.1972 1. Stufe der gebietlichen Neugliederung in Hessen

30.08.1972 Kultusministerium gibt neue „Rahmenrichtlinien" für den Schulunterricht bekannt

04.04.1973 Hessisches Krankenhausgesetz – Kreise sind zuständig für die Errichtung und Unterhaltung von Krankenhäusern in öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Hand

01.01. und 01.07.1974 2. und 3. Stufe der gebietlichen Neugliederung in Hessen

23.09.1974 Hessisches Denkmalschutzgesetz – die untere Denkmalschutzbehörde handelt nach Weisungen der Kreisausschüsse

16.07.1974 Kernkraftwerk Biblis wird angefahren

19.09.1974 Grundsteinlegung für das Freiluftmuseum Hessenpark

27.10.1974 Landtagswahl - CDU wird stärkste Fraktion, kann allerdings nicht die Regierung übernehmen

01.10.1974 Gründung des Umlandverbandes Frankfurt

27.05.1975 Erlaubnis für Grabungen in der Fossilienfundstätte Grube Messel

03.10.1976 Rücktritt von Ministerpräsident Osswald

12.10.1976 Wahl von Holger Börner (SPD) zum neuen Ministerpräsidenten

01.01.1977 4. und damit letzte Stufe der gebietlichen Neugliederung Hessen, so z.B. jetzt Zusammenlegung von Gießen und Wetzlar zur Stadt Lahn

Modernisierung

war ein Schlagwort der 1970er Jahre.

Kernkraftwerk Biblis.

Ein Amtswechsel in schwierigen Zeiten.

HLT-Präsidenten Wuermeling und Dr. Rehrmann.

Richtfest Gesamtschule Oberursel.

14.07.1977 Hessisches Eingliederungsgesetz – Landräte als Behörden der Landesverwaltung sind zuständig für die Veterinär- und Katasterämter in ihren Kreisen

30.07.1977 Mord am Vorstandssprecher der Dresdner Bank Jürgen Ponto

24.05.1978 nach dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz sind Landräte Untere Jagdbehörde

12.07.1978 Hessisches Katastrophengesetz benennt Landräte als Untere Katastrophenschutzbehörde

01.08.1979 Stadt Lahn wird wieder aufgeteilt in Wetzlar und Gießen

22.07.1980 Anordnung des Baus der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens durch Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry (FDP)

19.09.1980 Hessisches Naturschutzgesetz – die Untere Naturschutzbehörde handelt nach Weisungen der Kreisausschüsse

21.10.1980 Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs nach 10-jährigem Streit für den Bau der Startbahn

11.05.1981 Ermordung des Hessischen Wirtschaftsministers Heinz Herbert Karry in Frankfurt

22.06.1981 bundesweit erste rot-grüne Koalition auf kommunaler Ebene in Kassel

02.11.1981 Räumung des Hüttendorfs auf dem Gelände der geplanten Startbahn

15.01.1982 Ablehnung eines von Startbahngegnern geforderten Volksbegehrens durch den Hessischen Staatsgerichtshof

01.06.1982 Terroranschläge der RAF in Frankfurt, Gelnhausen und Hanau

26.09.1982 Landtagswahl – Grüne überspringen die 5 %-Hürde mit 8% der Wählerstimmen

01.12.1982 Neuwahl eines Ministerpräsidenten scheitert, Regierung Börner bleibt geschäftsführend im Amt

04.08.1983 Selbstauflösung des Landtages mit Stimmen der SPD und CDU

07.06.1984 Beendigung der 18-monatigen geschäftsführenden Regierungszeit, erneute Wahl von Börner zum Ministerpräsidenten

20.11.1984 Ende der Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen nach Streit über die Stilllegung der Hanauer Nuklearbetriebe

16.10.1985 Koalition von SPD und Grünen

12.12.1985 Vereidigung von Joschka Fischer (Die Grünen) zum Hessischen Minister für Umwelt und Energie

11.11.1986 Unterzeichnung des Staatsvertrags zwischen der hessischen Landesregierung und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen

09.02.1987 Annahme des Rücktrittsgesuch von Joschka Fischer durch Ministerpräsident Börner

23.04.1987 Wahl von Walter Wallmann (CDU) zum Ministerpräsidenten

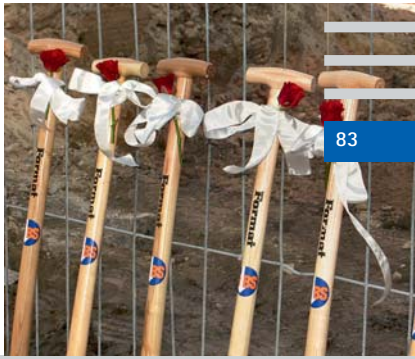
02.11.1987 Tod zweier Polizisten durch Schüsse an der Startbahn West

16.12.1987 schwerer, 1 Jahr lang geheim gehaltener Unfall im Kernkraftwerk Biblis

01.06.1988	Grubenunglück mit 51 Toten im Braunkohlebergwerk Borken; danach Beendigung der Förderung und Renaturierung der Gruben- und Kraftwerksareale
23.11.1988	Verwerfung des Planfeststellungs-beschlusses für eine Mülldeponie in der Fossilienfundstätte Grube Messel durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof
01.11.1989	Entscheid über die Stilllegung großer Teile der Hanauer Atomfabrik Alkem durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof
09. und 10.11.1989	Fall der Mauer, auch an der hessischen Grenze öffnen sich die Übergänge
15.11.1989	Start des privaten Rundfunksenders FFH
30.11.1989	Ermordung des Vorstandssprechers der Deutschen Bank Alfred Herrhausen bei einem RAF-Attentat
05.12.1989	Beschluss eines Aktionsprogramms Hessen-Thüringen durch den Landtag
13.12.1990	Verzicht der CDU/FDP-Regierung auf die Nutzung der Grube Messel als Mülldeponie
05.04.1991	Wahl von Hans Eichel (SPD) zum Ministerpräsidenten
1993	Frankfurt wird zum Sitz der Europäischen Zentralbank bestimmt
Juni 1995	Abzug des V. Corps der US-Armee aus dem IG Farben-Haus in Frankfurt
1997	Landesregierung vergibt die Bezeichnung „Wissenschaftsstadt" an Darmstadt
1998	Gründung der Future Capital AG als Gemeinschaftsprojekt des Landes Hessen und der Hoechst AG zur Förderung von Life Sience und Chemie
Feb. 1999	Regierungswechsel – CDU/FDP-Bündnis unter Ministerpräsident Roland Koch (CDU)
Okt. 2001	Eröffnung des Campus Westend der Universität Frankfurt
2002	Hessischer Hochschulpakt
2002	Gründung des Frankfurter Innovationszentrums Biotechnologie durch das Land, die Stadt und die Industrie- und Handelskammer Frankfurt
02.02.2003	Landtagswahl, CDU erringt absolute Mehrheit, Wiederwahl von Roland Koch zum Ministerpräsidenten
22.09.2003	Landesverfassung wird nach Volksabstimmung verändert. Aufgenommen wird das Konnexitäts-prinzip („Wer bestellt, bezahlt") und der Sport als Staatsziel
2004	Naturpark Kellerwald-Edersee wird eingerichtet
17.04.2005	Gründung der Jüdischen Gemeinde Hanau
15.09.2006	Bezug des „Hauses der kommunalen Selbstverwaltung" zusammen mit dem Hessischen Städtetag und dem Gemeindeversicherungsverband in der Frankfurter Str. 2, Wiesbaden

Ausstattung der Schulen mit modernster Technologie.

Albert-Schweitzer-Gymnasium, Alsfeld.



Spaten für die Grundsteinlegung.

Herausforderungen

Aktuelle und zukünftige Herausforderungen

Zeitgemäße Lösungen müssen gefunden und initiiert werden.

Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen die hessischen Landkreise vor großen Herausforderungen. Sie können und müssen als überörtliche kommunale Ebene die Risiken, aber auch die Chancen des demografischen Wandels erkennen und ihnen entsprechen. Dies gilt gerade für den ländlichen Raum. Hier wird es zukünftig vorrangiges Ziel sein, alle Belange der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, weiter auszubauen und eine möglichst gleichwertige Entwicklung der verschiedenen Landesteile Hessens aufrecht zu erhalten und für die Zukunft zu sichern.

Die Landkreise nehmen mit der Wirtschaftsförderung und –ansiedlung, dem Verkehr und den zukunftsträchtigen Bereichen des Arbeitsmarktes und der Sozialhilfe ebenwo wie bei dem Gesundheitswesen, der Bildung und Kultur und dem Umwelt- und Verbraucherschutz eine herausragende Rolle bei der Sicherung und dem Ausbau der Lebensqualität aller hessischen Bürger und Bürgerinnen ein.

Arbeitsmarkt, Bildung und Soziales

In absehbarer Zukunft wird die Arbeitsmarktpolitik ihre ausgesprochen hohe Bedeutung behalten, eher sogar steigern. Die Landkreise kümmern sich seit der Umsetzung der Hartz IV-Reformen vor Ort um die Belange erwerbsloser Arbeitsfähiger, sei es in Form von Arbeitsgemeinschaften mit der Bundesagentur für Arbeit oder im Wege der Option. Die Betreuung auf dieser ortsnahen Ebene ermöglicht eine persönliche Ansprache sowohl der Arbeitsuchenden, als auch der lokalen Wirtschaftsunternehmen, Handwerksunternehmen und Betriebe. So können Maßnahmen im Interesse aller Beteiligten vernetzt, lokal angeboten und neue Perspektiven eröffnet werden.

Bildung, schulische wie außerschulische, ist „Rohstoff Nr. 1" in einer Hochleistungsgesellschaft wie Deutschland. Schon jetzt stellen die Kreise hessenweit eine den örtlichen Bedürfnissen Rechnung tragende schulische Infrastruktur zur Verfügung. In den letzten Jahren wurden landesweit Mittel in Milliardenhöhe in den Bau neuer sowie die Sanierung bestehender Schulgebäude investiert und damit eine optimale Versorgung auch in der Fläche gewährleistet. Dem Kreis als Träger der äußeren Schulverwaltung kommt hierbei die wichtige Aufgabe des Ausgleiches zwischen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu. Schülerzahlen und Schulangebote werden durch die Kreise optimiert. Zum einen benötigt nicht jede Kommune vor Ort alle Schulformen, zum anderen kann sich nicht jede Schulen leisten und folglich die Versorgung nicht gewährleisten.

Im Bereich der Jugendhilfeplanung gilt es, qualitativ hochwertige Angebote der Jugendarbeit, -förderung und -sozialarbeit aufrecht zu erhalten. Im Gesundheitswesen sind die Landkreise beispielsweise als Träger von Krankenhäusern für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, gerade auch in den strukturschwächeren Gebieten verantwortlich. Durch die Verschärfung der finanziellen Situation im Gesundheitswesen sind hier zeitgemäße Lösungen gefordert.

Kommunale Selbstverwaltung als Garant der lokalen Identität

Der überwiegende Teil der lokalen Belange wird bereits gegenwärtig maßgeblich von Entscheidungen der Europäischen Union betroffen, beeinflusst und teilweise auch bestimmt. Die EU-Politik und -Verwaltung hat Auswirkungen auf die Städte, Gemeinden und Landkreise und tangiert die Menschen vor Ort in ihren alltäglichen Situationen. Die Kreise haben in vielen Bereichen Aufgaben der Umsetzung und Begleitung solcher, von Brüssel maßgeblich geprägter Politik- und Verwaltungsbereiche, etwa bei der landwirtschaftlichen Förderung, der

Umsetzung von Kontrollen in Umwelt- und Verbraucherschutz, in Gesundheitsbelangen etc. Hierbei gilt es, die kommunale Selbstverwaltung als ortsnahe und identitätsstiftende Ebene gegenüber den Tendenzen überbordender Zentralisierung und zu starker Globalisierung zu sichern.

Angemessene Finanzausstattung für eine adäquate Aufgabenerledigung

Die beschriebenen aber auch zahlreiche andere, für die Menschen in den Landkreisen wichtigen Dienstleistungen erfordern eine angemessene Finanzausstattung, sowohl im Bereich der Pflichtaufgaben als auch im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben. Nicht zuletzt das in der Hessischen Verfassung festgeschriebene Konnexitätsprinzip verpflichtet Landtag und Landesregierung dazu, für eine aufgabenadäquate Finanzausstattung der Kreise Hessens zu sorgen. Das über viele Jahre ohne Verschulden der Kreise aufgelaufene strukturelle Defizit kann aus eigener Kraft nicht mehr behoben werden, da die Unterdeckung, insbesondere im Bereich Jugend und Soziales, von Bund und Land über Jahrzehnte hinweg nicht kompensiert worden ist und nahezu sämtliche Einsparungs- und Optimierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Eine angemessene Finanzausstattung, die vorrangig durch Beteiligung an einer Wachstumssteuer wie etwa der Mehrwertsteuer erfolgen sollte, wäre außerdem Garant für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Kreisen und ihren kreisangehörigen Kommunen: Sobald die Kreisumlage nicht mehr das Hauptinstrument zum Ausgleich der Kosten der Landkreise wäre, könnte wesentlich stärker als bisher das partnerschaftliche Miteinander zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen im Fokus der lokalen Politik stehen.

Aufgabenkritik und Funktionalreform als fortdauernder Prozess

Unter der Prämisse einer angemessenen Finanzausstattung stehen die hessischen Kreise für die Übernahme weiterer Aufgaben insbesondere aus dem staatlichen Bereich zur Verfügung. Eine profunde Aufgabenkritik ist als fortlaufender Prozess für einen modernen Staatsaufbau unabdingbare Voraussetzung. Eine derartige Überprüfung des status quo, vor allem bei den staatlichen Mittel- und Sonderbehörden, würde nach fester Überzeugung des Verbandes zu einer Herabzonung weiterer Aufgaben auf die Ebene der Landkreise führen. Der reibungslose Übergang der Kommunalisierung der zuvor staatlichen Abteilungen der Landratsämter mit der Überführung von ca. 2.000 Bediensteten in kommunale Dienstverhältnisse im Jahre 2005 belegt eindrucksvoll den Sinn solcher Reformen und die Leistungsfähigkeit unserer Landkreise.

Kommunale Selbstverwaltung als ortsnahe und identitätsstiftende Ebene.

Die hessischen Landkreise stellen nach alledem eine Verwaltungsebene dar, die zahlreiche Aufgaben bündelt, den strukturellen Ausgleich vor Ort gewährleistet, die Aufgabenwahrnehmung der kreisangehörigen Gemeinden in eigener Verantwortung ergänzt und der damit eine eigenständige Rolle im Verhältnis zu den Städten und Gemeinden zukommt. Gleichzeitig bieten die ehrenamtlichen Kreistagsabgeordneten sowie die hauptamtlichen Wahlbeamten die Garantie für eine demokratisch unmittelbar legitimierte und politisch verantwortliche Steuerung der politischen Prozesse unter Beteiligung lokal ansprechbarer Politikerinnen und Politiker. Diesen maßgeblichen Gestaltungs- und Einflussmoment gilt es auch weiterhin unvermindert aufrecht zu erhalten.

Der HLT als kommunaler Spitzenverband der 21 hessischen Kreise wird vor dem Hintergrund der beschriebenen Anforderungen die entscheidende Plattform zum Austausch über die Fragestellungen und Lösungen vor Ort, zur Abstimmung gemeinsamer Positionen und Forderungen sowie zur Gewährleistung eines Interessenausgleiches zwischen den verschiedenen Teilen Hessens sein. Die so definierten Standpunkte seiner Mitglieder gilt es auch zukünftig vereint nach Außen zu vertreten – gegenüber den Akteuren auf Landesebene sowie über den Deutschen Landkreistag als Dachverband auf Bundes- sowie europäischer Ebene. ■

Anhang

Die Präsidenten des Hessischen Landkreistages.

60 Jahre Hessischer Landkreistag

Heinrich Treibert | Ziegenhain | 1945-1948

Friedrich Bachmann| Biedenkopf | 1948-1955

Georg Wink | Darmstadt | 1955-1963

Christoph Bernhard Schücking | Lauterbach | 1955-1956

Dr. Ekkehard Lommel | Bergstraße | 1963-1965

Kurt Moosdorf | Büdingen | 1965-1972

Dr. Herbert Günther | Kassel | 1972-1975

Gustav Hoffmann | Erbach | 1975-1977

Dr. Karl Rehrmann | Lahn-Dill-Kreis | 1977-1981

Georg Wuermeling | Limburg-Weilburg | 1981-1985

Willi Eiermann | Kassel | 1985-1991

Gerhard Bökel | Lahn-Dill | 1991-1994

Dr. Dietrich Kaßmann | Bergstraße | 1994-1997

Jürgen Hasheider | Schwalm-Eder | 1997-2002

Alfred Jakoubek | Darmstadt-Dieburg | seit 2002

Dr. Paul Gusovius

Landrat zwV. Karl August Vieregge

Dr. Hans Schlempp

Dr. Walter Schubert

Dr. Wilhelm Wallmann

Gerrit Kaiser | zur Zeit amtierender Geschäftsführender Direktor

Lutz Bauer

Dr. Hans-Peter Röther

PD Dr. Jan Hilligardt
| zur Zeit amtierender Direktor

| in der Reihenfolge ihres Eintritts

Leiter der Geschäftsstelle und Direktoren des Hessischen Landkreistages.

60 Jahre Hessischer Landkreistag

Die hessischen Landräte im Jubiläumsjahr.

Matthias Wilkes | Landkreis Bergstraße

Alfred Jakoubek | Präsident des Hessischen Landkreistages
| Landkreis Darmstadt-Dieburg

Bernd Woide | Landkreis Fulda

Willi Marx | Landkreis Gießen

Enno Siehr | Landkreis Groß-Gerau

Dr. Karl-Ernst Schmidt | Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Ulrich Krebs | Hochtaunuskreis

Dr. Udo Schlitzberger | Landkreis Kassel

Wolfgang Schuster | Lahn-Dill-Kreis

Manfred Michel | Landkreis Limburg-Weilburg

Erich Pipa | Main-Kinzig-Kreis

60 Jahre Hessischer Landkreistag

Berthold Gall | Main-Taunus-Kreis

Robert Fischbach | Vizepräsident des Hessischen Landkreistages
| Landkreis Marburg-Biedenkopf

Horst Schnur | Odenwaldkreis

Peter Walter | Landkreis Offenbach

Burkhard Albers | Rheingau-Taunus-Kreis

Frank-Martin Neupärtl | Schwalm-Eder-Kreis

Rudolf Marx | Vogelsbergkreis

Helmut Eichenlaub | Landkreis Waldeck-Frankenberg

Stefan Reuß | Werra-Meißner-Kreis

Joachim Arnold | Wetteraukreis

| Stand September 2008

60 Jahre Hessischer Landkreistag

Werner Breitwieser | Landkreis Bergstraße

Prof. Dr. Ralf-Rainer Lavies | Landkreis Darmstadt-Dieburg

Franz Rupprecht | Landkreis Fulda

Prof. Dr. Franz Neumann | Landkreis Gießen

Manfred Hohl | Landkreis Groß-Gerau

Horst Hannich | Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Madeleine Funke | Hochtaunuskreis

Gerald Herber | Landkreis Kassel

Elisabeth Müller | Lahn-Dill-Kreis

Robert Becker | Vizepräsident des Hessischen Landkreistages
| Landkreis Limburg-Weilburg

Die hessischen Kreistagsvorsitzenden im Jubiläumsjahr.

Hubert Müller | Main-Kinzig-Kreis

Mathäus Lauck | Main-Taunus-Kreis

Heinrich Herbener | Landkreis Marburg-Biedenkopf

Rüdiger Holschuh | Odenwaldkreis

Paul Scherer | Landkreis Offenbach

Peter Beuth | MdL | Rheingau-Taunus-Kreis

Michael Kreutzmann | Schwalm-Eder-Kreis

Ulrich Künz | Bgm. | Vogelsbergkreis

Michael Kossmann | Landkreis Waldeck-Frankenberg

Jürgen Schinkmann | Werra-Meißner-Kreis

Bernfried Wieland | Wetteraukreis

| Stand September 2008

Impressum.

Herausgeber

Hessischer Landkreistag | Frankfurter Str. 2 | 65189 Wiesbaden

Verantwortlich

Gerrit Kaiser | Geschäftsführender Direktor

Dr. Jan Hilligardt | Direktor

Projektkoordination

Tim Ruder | Referatsleiter

Autorin | Anette Neff | Historikerin | Darmstadt

Gestaltung | Doris Franke | Diplom-Designerin | Seeheim-Jugenheim

Scans und Bildbearbeitung | Lasertype GmbH | Darmstadt

Druck | Druckerei Ph. Reinheimer GmbH | Darmstadt

copyright © 2008 | Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt und dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung nicht kopiert oder vervielfältigt werden.

Bildnachweis.

Bernd Daubert | S. 47

Grandpierre Design | S. 11, 73, 75, 84, 84, 85, 87, 90, 90, 91

Hessischer Landkreistag | S. 24, 27, 32, 33, 33, 34 oben, 36 oben, 39, 42, 43 links, 45, 48, 49, 52, 54, 54, 55 unten, 56, 57, 60, 61 links, 68, 72, 72, 74 rechts, 80 oben, 81 oben, 82 oben, 83 oben, 83 unten, 86

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden | Abt. 2054 | S. 58 | Abt. 3008 | S. 18, 20 rechts, 28, 30, 31, 31, 34 unten, 36 unten, 37, 38 oben, 38 unten, 40, 41, 44, 50 rechts, 59, 71, 79, 79, 79, 80 Mitte, 80 unten

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt | S. 43 rechts (Original Verbleib unbekannt, Veröffentlichung in: K. Böhme & W. Mühlhausen (Hrsg.): Hessische Streiflichter, Frankfurt/M 1995, S. 208)

Hessisches Statistisches Landesamt | Karten S. 19 unten und S. 46

Hinterlandmuseum Schloss Biedenkopf | S. 25 rechts, 29

Kanzlei Kleymann, Karpenstein & Partner | S. 63

Kreisarchiv Hochtaunus | Pressebild, **Karl-Heinz Arbogast**, Oberursel | S. 50 links | **Hubert Brinkhoff**, Bad Homburg | S. 82 unten | **fifo Bad Homburg** | S. 53 unten

Kreisbildarchiv Schwalm-Eder | S. 10 links, 25 links, 53 oben, 67, 70, 71

Kreisbrandinspektor Lahn-Dill-Kreis | S. 66, 66

Landkreis Hersfeld-Rotenburg | S. 10 rechts, 61 rechts, 62, 62, 64, 65, 65

Walter Mühlhausen | Karte S. 19 oben

Pressereferat Vogelsbergkreis | S. 35, 83 Mitte

Pressestelle Kreis Bergstraße | S. 81 unten

Pressestelle Kreis Darmstadt-Dieburg | S. 8

Privatbesitz | S. 55 oben, 69

John Provan | S. 12, 14, 15, 15, 16, 16, 17, 20 links, 21, 21, 22, 22, 23, 74 links, 76, 77, 77, 78, 78

Stadtarchiv Groß-Bieberau | S. 26

Titelbild | Grandpierre Design | John Provan | Hessischer Landkreistag | Kreisbildarchiv Schwalm-Eder